

# GLOBAL VIEW

2 | 2012

Preis:  
3,- Euro

**Unabhängiges Magazin**

der Österreichischen Gesellschaft für Außenpolitik und die Vereinten Nationen (ÖGAVN)  
und des Akademischen Forums für Außenpolitik (AFA)

## Cyberkrieg im 21. Jahrhundert

<http://www.globalview.at>



# INFORMATIONSWÜSTE?

GLOBAL VIEW ERÖFFNET PERSPEKTIVEN. 4 X JÄHRLICH. GRATIS-TESTABO: [globalview@afa.at](mailto:globalview@afa.at)  
Das Magazin für INTERNATIONALE POLITIK, DIPLOMATIE und KULTUR

# Liebe Leserin!

# Lieber Leser!



Die Vereinten Nationen haben das Jahr 2012 unter das Motto „**Sustainable Energy for All**“ gestellt. Mehr Energieeffizienz, Investitionen in erneuerbare Energien und der universelle Energiezugang stehen dabei im Vordergrund. Eine kritische Betrachtung jedoch zeigt, dass besonders Industrie- und Schwellenländer gefordert sind, um diese ehrgeizigen Ziele zu erreichen.

Die **Friedenstruppen der Vereinten Nationen** (*United Nations Peacekeeping*) stellen einen Kernbereich innerhalb des Aufgabenfeldes der Organisation dar. Zahlreiche Veränderungen im Umfeld der Friedensmissionen werfen die Frage nach der Notwendigkeit einer neuen Generation friedenssichernder und -erhaltender Maßnahmen auf, was zahlreiche Reformen innerhalb der Vereinten Nationen notwendig machen würde.

Die weltweite Verbreitung des Internets bringt neue Formen der Kriminalität und Kriegsführung mit sich und führt zu etlichen bislang unbekanntem Sicherheitsfragen. Der deutsche IT-Experte Sandro Gaycken zeigt sich im Interview mit dem GLOBAL VIEW davon überzeugt, dass sich auf dem Gebiet von **Cyberkriegen** zahlreiche neue strategische Optionen in der Sicherheitspolitik ergeben.

Seit dem Sturz von Muammar Gaddafi Ende 2011 blickt **Libyen** in eine ungewisse Zukunft. Ein Lokalaugenschein in dem nordafrikanischen Land zeigt die Machtkämpfe und strukturellen Probleme des Landes, die den Aufbau eines stabilen Staates behindern.

Nicht zuletzt das Europäische Jahr der Freiwilligentätigkeit 2011 verdeutlichte die große Relevanz **zivilen Engagements** für unsere Gesellschaften. Das Beispiel des European Youth Parliament (EYP), welches jungen Menschen im vereinten Europa eine Stimme verleiht, illustriert, dass Jugendorganisationen dabei eine besondere Bedeutung zukommt.

Dass der Begriff des „städtischen Dschungels“ einer Neudefinition bedarf, zeigt der Trend des „**Urban Gardening**“: Unbebaute Flächen oder Hausdächer in Städten werden dabei zum Anbau von Obst und Gemüse verwendet. Die damit verbundenen sozialen, wirtschaftlichen und umweltpolitischen Aspekte sind mannigfaltig und bergen erstaunliche Vorteile in sich.

Eine angenehme Lektüre wünscht Ihnen

Ihr  
**Thomas Böhler**  
*Chefredakteur*

**Feedback bzw. Artikelvorschläge nehmen wir jederzeit gerne via [globalview@afa.at](mailto:globalview@afa.at) entgegen.**

---

**Impressum Herausgeber:** Österreichische Gesellschaft für Außenpolitik und die Vereinten Nationen (ÖGAVN) und Akademisches Forum für Außenpolitik (AFA) ■ **Eigentümer und Verleger:** Akademisches Forum für Außenpolitik – Österreich, Hochschulliga für die Vereinten Nationen (AFA) ■ **Büro:** A – 1010 Wien, Johannesgasse 2/2/32 | Tel.: +43 /1/ 512 85 21 | <http://www.globalview.at> | [globalview@afa.at](mailto:globalview@afa.at) ■ **Chefredakteur:** Thomas Böhler ■ **Redaktion:** Emina Adamovic, Zaynab Al-Bahloul, Korbinian Bauer, Mirko Ebelshäuser, Katharina L. Poeter, Wolfgang Schmitt, Leonie Volonte ■ **Layout:** Thomas Böhler, Wolfgang Schmitt ■ **Lektorat:** Eliska Macnerova, Elke Riedl ■ **Titelbild:** Flickr / Patrick Hoesly ■ **Nicht gekennzeichnete Bilder:** Redaktion oder Autor ■ **Druck:** Aumayer Druck & Verlag Ges.m.b.H, A – 5222 Munderfing, Gewerbegebiet Nord 3, +43 /7744/ 20080, <http://www.aumayer.co.at>

**Offenlegung der Blattlinie gem. § 25 Abs. 4 Mediengesetz Herausgeber:** Österreichische Gesellschaft für Außenpolitik und die Vereinten Nationen (ÖGAVN) und Akademisches Forum für Außenpolitik (AFA) ■ **Eigentümer und Verleger:** Akademisches Forum für Außenpolitik – Österreich, Hochschulliga für die Vereinten Nationen (AFA) ■ **Sitz:** A – 1010 Wien, Johannesgasse 2/2/32 ■ **Unternehmer:** unabhängiger, eingetragener Verein (ZVR: 330335717); Vorstand vertreten durch Michael F. Pfeifer (Präsident) ■ Das GLOBAL VIEW ist das unabhängige und überparteiliche Magazin der Österreichischen Gesellschaft für Außenpolitik und die Vereinten Nationen (ÖGAVN) und des Akademischen Forums für Außenpolitik (AFA) und versteht sich als Informations- und Diskussionsplattform zu außen- und weltpolitischen Themen. Der Inhalt stellt die Meinung der jeweiligen Autoren dar. ■ Auch wenn im Text aus Gründen der besseren Lesbarkeit weibliche Formen nicht explizit ausgeschrieben werden, beziehen sich alle personenbezogenen Formulierungen auf weibliche wie männliche Personen.



# Autoren



**EMINA ADAMOVIC** studierte Politikwissenschaften an der Universität Wien und macht dort derzeit ihr Doktorat. Seit 2008 ist sie Mitglied des Vorstandes der NGO Initiative Minderheiten. Sie veröffentlichte mehrere Artikel zu Themen der Integration und Migration in Österreich in diversen österreichischen Zeitschriften.



**WERNER BALOGH** is a Programme Officer with the Space Applications Section of UNOOSA (United Nations Office for Outer Space Affairs). He holds degrees from the Vienna University of Technology, the International Space University and the Fletcher School of Law and Diplomacy.



**MARKUS PETER BEHAM** ist Projektassistent sowie externer Lehrbeauftragter am Institut für Europarecht, Internationales Recht und Rechtsvergleichung, Abteilung für Völkerrecht. Zu seinen persönlichen Forschungsschwerpunkten zählen internationales Strafrecht, humanitäres Völkerrecht und Fragen des Gewaltverbots im Völkerrecht.



**MIRKO EBELSHÄUSER** studiert im Bachelorstudium Politikwissenschaften an der Universität Wien mit der Spezialisierung in Friedens- und Konfliktforschung an der University of Queensland, Australien. Neben seinem Studium absolvierte er bereits zahlreiche Praktika in politischen Institutionen und internationalen Organisationen.



**STEFAN KARKULIK** holds a bachelor's degree in Business Law from Vienna University of Economics and Business and is working towards a master's degree in Business Law. After writing for different newspapers he currently works as a scientific assistant at the University's Institute for Austrian and European Public Law.



**ROMANA KOFLER** is an Associate Programme Officer with the Committee Services and Research Section of UNOOSA (United Nations Office for Outer Space Affairs). She holds degrees in International Relations from the Faculty of Social Sciences, Ljubljana and the Faculty of Law, Hitotsubashi University, Tokyo.



**JOACHIM KURZ** schloss vor Kurzem sein Diplomstudium Politikwissenschaft an der Universität Wien ab. In seiner Abschlussarbeit untersuchte er die Themenstrukturierungsstrategien österreichischer Parteien auf EU-Ebene. Dazu studierte er Publizistik und Kommunikationswissenschaft und ist seit 2008 Mitglied im Akademischen Forum für Außenpolitik.



**SCHIMA LABITSCH** studies Political Science and Economics at the University of Vienna. She is an active member of the European Youth Parliament (EYP) and served as a board member of the National Committee of EYP Austria from 2010 to 2012. Her interests regarding youth organizations lie in the field of youth impact, group facilitation and debate.



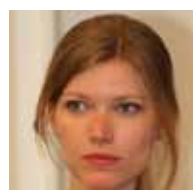
**DORA LOVAS** studies at the School of Law in Vienna and specialises in the fields of Law of International Relations, Human Rights and Basic Liberties and Legal English in Practice. She currently undertakes an internship in the Caritas Legal Advice Office and does voluntary projects with the Academic Council for the United Nations System (ACUNS).



**SILVIA NADJIVAN** schloss Publizistik- und Kommunikationswissenschaft mit dem Magisterium und Politikwissenschaft mit dem Doktorat an der Universität Wien ab. Sie ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für den Donauraum und Mitteleuropa (IDM) für den Bereich Südosteuropa, Transformationsprozesse, Gender und Migration.



**ROMAN PABLE** studiert Politikwissenschaften an der Universität Wien und war Gaststudent am Staatlichen Moskauer Institut für Internationale Beziehungen. Derzeit absolviert er ein Praktikum am Institut für menschliche Entwicklung in Moskau. Seine Forschungsinteressen umfassen Sicherheitspolitik, Europäische Geschichte und Globalisierung.



**KATHARINA L. POETER** studiert Internationale Entwicklung an der Universität Wien und belegt zusätzliche Kurse in den Bereichen Soziologie und Philosophie. Nach mehreren Auslandsaufenthalten u.a. in der ozeanischen Region und in Amerika interessiert sie sich heute speziell für die wirtschaftliche sowie politische Entwicklung Lateinamerikas.



**ALICIA PRAGER** studiert Politikwissenschaft und Internationale Entwicklung an der Universität Wien. Sie ist Team-Mitglied des Vienna Model United Nations Club (VMC) des Akademischen Forums für Außenpolitik. Besonders interessieren sie Themen der Internationalen Beziehungen und Internationalen Politik sowie Presse- und Öffentlichkeitsarbeit.



**CARMEN TOTH-PICKL** is a master's candidate in Peace and Conflict Studies at the European Peace University of Stadtschlaining. She holds a bachelor's degree in Political Science from the University of Vienna and has worked with unaccompanied minor refugees at the Diakonie Austria. Her research focus is the Middle East and Development Cooperation.



**LEONIE SOPHIE VOLONTE** studiert seit 2009 Politikwissenschaft an der Universität Wien und steht kurz vor ihrem Bachelorabschluss. Neben ihrem Studium engagiert sie sich ehrenamtlich in einem Verein zum Thema Dialog mit Afrika.



**LUKAS WANK** studiert Internationale Entwicklung und Kulturtechnik und Wasserwirtschaft in Wien. Er hat ein Semester in Australien verbracht und ist Milizoffizier beim Österreichischen Bundesheer. Seine Interessen liegen in den Bereichen Friedensforschung und Entwicklungspolitik. Aktuell beteiligt er sich an einem medizinischen Hilfsprojekt in Libyen.

# Inhalt



Photo: UNOOSA

The UN Office for Outer Space Affairs (UNOOSA) deals with many space-related issues – page 8.



Foto: Flickr / JorgeBRAZIL

Bieten neue Erdgasfunde Anreize zur Lösung des Zypernkonfliktes? – Seite 23.



Foto: Michal Hvorecky

Interview mit dem slowakischen Autor Michal Hvorecky über die Donauländer – Seite 28.

## 06 United Nations

- |    |  |                              |
|----|--|------------------------------|
| 06 | Challenges for UN Peacekeeping                     | Dora Lovas                   |
| 08 | UNOOSA: Bringing the Benefits of Space to Humanity | Romana Kofler, Werner Balogh |
| 10 | Von den Rechten der Minderheiten                   | Alicia Prager                |
| 11 | Chancen von „Sustainable Energy for All“           | Leonie Sophie Volonte        |

## 12 International

- |    |   |                   |
|----|---|-------------------|
| 12 | Cyberkrieg im 21. Jahrhundert                       | Mirko Ebelshäuser |
| 14 | Yemen's Hidden Conflict: An Analysis of its Causes  | Carmen Toth-Pickl |
| 16 | Russland: Konstanten im Wandel                      | Roman Pable       |
| 18 | Quo vadis, Libyen?                                  | Lukas Wank        |
| 20 | Wahlen in Serbien: Eine Frage des „kleineren Übels“ | Silvia Nadjivan   |

## 22 Europäische Union

- |    |                           |                 |
|----|---------------------------|-----------------|
| 22 | Turning Europe Inside Out | Schima Labitsch |
| 23 | Neue Wege nach Zypern     | Joachim Kurz    |

## 24 Österreich

- |    |   |                    |
|----|---|--------------------|
| 24 | Extracurriculare „Bootcamps“ für Juristen | Markus Peter Beham |
|----|---|--------------------|

## 25 Kolumne

- |    |  |                     |
|----|--|---------------------|
| 25 | Gleichberechtigung – auf ganzer Linie! | Katharina L. Poeter |
|----|--|---------------------|

## 26 Kultur und Gesellschaft

- |    |  |                 |
|----|--|-----------------|
| 26 | "Schrebergärten 2.0" in Urban Management | Stefan Karkulik |
| 28 | Die Donauländer einst und jetzt          | Emina Adamovic  |

## 30 ÖGAVN / AFA

- |    |   |     |
|----|---|-----|
| 30 | Die VIMUN 2012 – Sicher keine Weinmesse | AFA |
| 31 | Erfahrung trifft auf Neugier            | AFA |

# Challenges for UN Peacekeeping

**United Nations peace operations are facing various challenges. Nowadays, peacekeeping operations (PKO) are not subject to the same proceedings, the same ways of incorporating peace into an adverse environment and maybe do not have the same aims as peace operations in the past. What could be the outcome of these modernised operations and are PKO advancing on their path?** Text Dora Lovas

In their early days, peacekeeping operations (PKO), namely the first generation of PKO, used to be an instrument for the creation of peace in conflict situations between states, endorsing impartialness and consent between the parties to the conflict as an operational principle. The aim was to monitor ceasefire and to use force and weapons only for the purpose of self-defence. Later, in addition to these principles and methods, second generation peace operators tried to resolve conflicts through strategic, political and economic dispute settlements. More coordination within the operations as well as supporting personnel was needed. However, the use of weapons only for the purpose of self-defence proved to be impossible to carry out any further. Conflicts tended to become more violent and dangerous for peace operators.

The third generation of peace operations can be described as having mandates – and consent of member states – which allow the use of weapons under certain circumstances in constricted extent for reasons of peace creation. Another issue of peacekeeping is the interference and the partial overtaking of administrative and executive duties of a state in conflicts during peace operations. The absence of a functioning political process within a state cannot easily be substituted by necessary actions on administrative levels in peacekeeping operations. So could we speak of a fourth generation of peace operations?

## Facing huge challenges

Peacekeeping has changed in certain ways, mainly because its surroundings have changed. The so-called first generation of peacekeeping describing the early beginnings of the missions currently evolved into a not yet recognised fourth generation of peace operations. This alteration originates from the acceptance of operators to handle additional duties and responsibilities in peace operations and not only monitor the agreements on ceasefire, which

confronts the UN with the question of possible reforms. Challenges for the United Nations relate to reforms within the organization as well as to the governing law of peace operations because peacekeeping operations as such are not mentioned explicitly in the Charter of the UN.

## New types of conflicts

In the past, peace operators used to settle disputes regarding hostilities between states and strived to initiate a peaceful environment. Nowadays, peace operators have to interfere in belligerent territories. Not only the surroundings to the conflicts have changed, but also the type and the characteristics of hostilities are different in comparison to early PKO. In most cases, belligerent behaviour emanates from the collapse of state's authority which goes hand in hand with the breakdown of social and economic inner-state systems. The role of states as parties to conflicts moves more and more towards non-state actors as parties participating in hostilities. Intra-state hostilities are often the result.

The sufficiency of applicable legal provisions to address non-state conflicts, such as the rules of humanitarian law as well as the way of carrying out peace operations, not only with respect to the advancement of legal regulations, can also be questioned.

The importance of humanitarian law for peace operations is growing because of the different way hostilities are carried out today. For various reasons, a trend towards private or other military support can be seen within peace operations, but also for safety reasons referring to the peacekeepers and the operation itself. PKO used to take place in post-conflict areas and in such areas where belligerent behaviour may still occur or is more likely to reappear. It can therefore happen that initially, a safe environment has to be created, with or without limited use of force, to accomplish peace operations. In order to achieve acceptance for peace, support of the military might be needed to assist with strategic coordination of peaceful actions or fast reactions to upcoming barriers for PKO. This shows how the role of a monitor has changed into a role in which peace operators have to take concrete actions

**United Nations peacekeeping operations (PKO) have undergone decisive changes in recent years, thus evolving towards a not yet recognised fourth generation of peace operations. In the picture, Uruguayan soldiers during peacekeeping operations training.**



Photo: Flickr / Vince Alongi

to create and to protect peace. This can be described as peace enforcement.

### Privatisation and non-state actors

Another trigger for this shift of conflicts is privatisation which also leads to a takeover of a state's security obligations by private security firms. Private military may offer the same provision of services as state military forces but in an even cheaper, faster and maybe more flexible way. Privatisation encroaches upon peace missions and develops a growing network of private interests in PKO. Do states have the obligation to set boundaries to this growing influence on peace operations through non-state actors? Or is this the answer to the changing character of conflicts, a response to the more aggressive behaviour of the conflict parties?

Actors in hostilities are mostly non-state actors, like terror groups or participants in civil war. Situations in which combatants cannot easily be visually separated are rather common, but PK operators have to do their best to protect civilians and not to include them in a conflict. Among other things, humanitarian law applies to the protection of civilians and to the treatment of combatants, but what about illegal combatants such as terrorist groups? Can humanitarian law sufficiently address all legal matters occurring in the conflict or peace mission with regard to conflicts in which non-state actors are parties to the hostilities?

### Financial matters

Another burden to peace operations is the lack of financial resources to administrate peace missions. Once Dr. Abiodun Williams, acting Senior Vice-President of the Centre for Conflict Management at USIP (United States Institute of Peace) and Chair-Elect of the Academic Council on the United Nations System, said in a presentation dealing with the future of UN PKO for the purpose of illustration that the Security Council can be compared with a



Photo: UN Photo / Michos Tzovaras

**Private interests and non-state actors are more and more involved in peacekeeping operations. In the picture, the "Knotted Gun" sculpture, a symbol for non-violence, at the UN Headquarters in New York (USA).**

bad doctor. This can be described as follows: Imagine a patient who does not feel good. This patient turns to a doctor where he or she gets medicine against his or her illness, for example antibiotics. Usually, antibiotics have to be taken until the package is empty in order not to risk a re-occurrence of the disease – this is the opinion of every doctor. This illustration should reflect the too rapid detachment of peace operators from a peace mission and the danger of re-occurrence of the conflict situation.

One reason for the detachment of peace operators from a region is probably the lack of financial support for the mission to carry it out for a longer term, not to question the mandate of the UN Security Council. The effect of peace operations with regard to missing financial resources is the main problem. The lack of these resources sometimes also results in poor quality of peace operations. An example could refer to less-educated and less-trained personnel or missing technical support of the operation. If financial resources are not enough to cover long-term PKO, the eventuality of new hostilities is a threat. Although United Nations peace operations are less expensive in comparison

to assignments of military forces on state decisions, there is not the needed amount of financial resources.

In order to speak of a fourth generation of PKO, the UN would have to face the mentioned challenges and decide whether peace operations should turn into operations with stronger intervention in the operating area, either in the sense of the use of force or by more administrative interference into domestic matters. Peace operations will have to find a balance between operating sufficiently and providing an adequate level of intervention. Besides some operational disappointments, the United Nations peace operations are of crucial importance for preventing further conflicts and managing post-conflict situations. No other organization could operate on the standards of the United Nations. <<

# UNOOSA: Bringing the Benefits of Space to Humanity

*"For half a century, the United Nations, through the Office for Outer Space Affairs, has been working to bring the benefits of space to all on Earth, bringing actors together to ensure that outer space is used for peaceful purposes – while also strengthening the capability of Member States to use space science and technology to increase the well-being of all people."* UN Secretary-General Ban Ki-moon, 12 April 2012.

**The United Nations is uniquely positioned to be the platform for international cooperation in the peaceful exploration and use of outer space. The Office for Outer Space Affairs (UNOOSA) has dedicated itself to bringing the benefits of space to humankind and has played an important role in fostering international cooperation for the benefit of all countries in a number of areas of space science, applications, operations and exploration.**

**Text** Romana Kofler, Werner Balogh

The space age began with the launch of the first artificial satellite, Sputnik 1, on 4 October 1957. Soon afterwards, the Member States of the United Nations recognised the need for a predictable legal regime to govern the conduct of countries in the use and exploration of outer space. In 1958, the United Nations General Assembly established in its Resolution 1348 the Committee on the Peaceful Uses of Outer Space (UN-COPUOS), mandated to review the scope of international cooperation in the peaceful uses of outer space, devise programmes in this field to be undertaken under United Nations auspices, encourage continued research and dissemination of information on outer space matters and to study legal problems arising from the exploration of outer space.

Until today, UN-COPUOS remains the only UN Committee concerned exclusively with peaceful uses of outer space. Disarmament issues related to space activities are being considered in fora such as the First Committee of the UN General Assembly and the UN Conference on Disarmament in Geneva.

The Committee has two Subcommittees which address various agendas. The Scientific and Technical Subcommittee deals primarily with issues such as space debris, the use of nuclear power sources in outer space, near-Earth objects and disaster management with the use of space technologies. The Legal Subcommittee addresses issues such as the status of treaties that form the international legal regime on outer space as well as the development of principles and declarations which facilitate the safe and sustainable conduct of space activities. UNOOSA was established in 1962 at the UN Headquarters in New York to serve as the Secretariat to the Committee and moved to Vienna in 1993.



Photo: UN Photo

**The UN Office for Outer Space Affairs (UNOOSA) covers different aspects of space-related activities. In the picture, the United Nations Conference on the Exploration and Peaceful Uses of Outer Space (UNISPACE) which took place in the Hofburg Palace in Vienna in 1968.**

## Bringing the benefits of space to humanity

UNOOSA today implements a multifaceted programme covering the legal, scientific and political aspects of space-related activities. Headed by a Director, UNOOSA comprises two sections: the Committee Services and Research Section and the Space Applications Section which includes the United Nations Platform for Space-based Information for Disaster Management and Emergency Response (UN-SPIDER) Programme. UNOOSA also serves as the Executive Secretariat to the International Committee on Global Navigation Satellite Systems (ICG). Staff is based in Vienna, Bonn and Beijing.

## Space Law Treaties & Register of space objects

In order to ensure effective governance of space activities, the space treaties include a number of confidence-building mechanisms that the States have asked the United Nations

to act upon. These mechanisms, which are implemented by UNOOSA for the Secretary-General, include the global distribution of information with regard to space activities, the registration of objects launched into outer space and identification of pieces of space debris that have fallen back to Earth. The United Nations Register of Objects Launched into Outer Space is among the mechanisms provided for by the treaties. Established in 1962, the Register is the central repository of official information provided by States on space objects in accordance with the Registration Convention or, on a voluntary basis, under General Assembly resolution 1721 B of 1961.

All information contained in the Register is publicly available via the UNOOSA website. The website also serves as the central clearinghouse for other data provided under the space treaties and includes a list of space objects that nations have discovered on their territory, information on nuclear-powered satellites and





A sunset over the Indian Ocean seen from the International Space Station (ISS).

Photo: Wikimedia Commons / ISS Expedition 23 Crew

also on the deorbiting of satellites.

On UNOOSA website, there is also a new tool for research comprising preparatory works of the treaties and a set of legal declarations and principles. This "travaux préparatoires" webpage to date contains official records and negotiation documents for the Outer Space Treaty, the Rescue Agreement, the Liability Convention, and the Declaration from 1963. The remaining space law treaties and a set of principles will follow. Around 1,000 documents have been digitalised and uploaded on that webpage.

### The Programme on Space Applications

Initially, many countries lacked the human, technical and financial resources to fully utilise the benefits of space technology. Consequently, at the first United Nations Conference on the Exploration and Peaceful Uses of Outer Space (UNISPACE, see picture on the left), held in 1968, Member States recommended the creation of a dedicated programme in the framework of the United Nations to assist those countries. In 1971, the United Nations Programme on Space Applications (PSA) was established, implemented by UNOOSA and aimed at assisting all countries, independent of their level of development, to benefit from the use of space science and technology and its applications. Under the Programme, UNOOSA organizes workshops, symposia and expert meetings, provides fellowship and training opportunities and disseminates information on space applications.

The Programme at present focuses on a range of selected areas, critical for developing countries, such as environmental monitoring, natural resources management, global health, disaster management, global navigation satel-

lite systems applications, basic space science including international space weather initiative (ISWI), space law, climate change, basic space technology initiative (BSTI), and human space technology initiative (HSTI).

Following the second UNISPACE Conference held in 1982, the mandate of the Programme was broadened and ultimately resulted in the establishment of five Regional Centres for Space Science and Technology Education, affiliated with the United Nations. The goal of these Centres, located in the regions that correspond to the United Nations Economic Commissions for Africa, Asia and the Pacific, Latin America and the Caribbean and Western Asia, is to develop, through in-depth education, capabilities for research and applications of space science and technology.

**Since its establishment fifty years ago, UNOOSA has engaged in making space-based solutions available to humankind.**

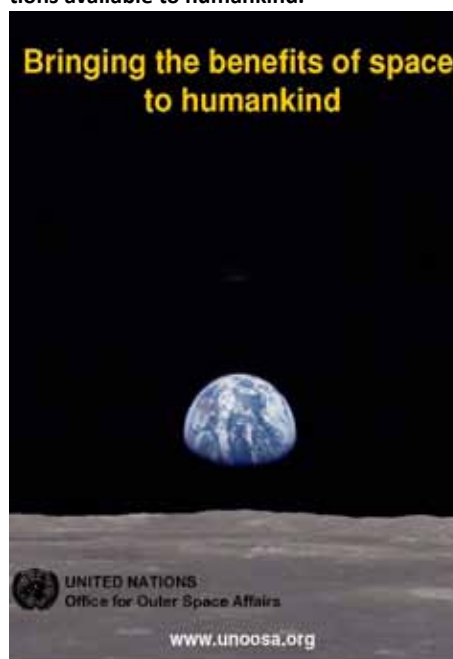


Photo: UNOOSA

The third UNISPACE Conference, held in 1999, aimed to further increase the benefits that could be derived from space technology and its applications. Among other achievements it led to the establishment of the United Nations Platform for Space-based Information for Disaster Management and Emergency Response (UN-SPIDER) and the International Committee on Global Navigation Satellite Systems (ICG).

### UNOOSA at its 50 years

In 2012, UNOOSA marks the fiftieth anniversary of its establishment. Its activities are closely linked to the overall development goals of the United Nations and continue to evolve by taking into account the latest developments in the field of space activities, serving the capacity-building needs of countries and ensuring that space-based solutions contribute to improving life on Earth. As the world assembled at the Rio+20 Conference to find solutions for sustainable development on Earth, UNOOSA is working towards making space-based solutions be part of these efforts. <<

# Von den Rechten der Minderheiten

Die „Erklärung über die Rechte von Personen, die nationalen oder ethnischen, religiösen und sprachlichen Minderheiten angehören“ feiert dieses Jahr ihr zwanzigjähriges Jubiläum. Ein Anlass, um einen kritischen Blick auf den Schutz der Rechte von Minderheiten zu werfen. Text Alicia Prager

Ethnische, religiöse und sprachliche Diversität wird prinzipiell als wichtig und als zu erhalten angesehen und als solche gefördert. Doch in der Realität zeigt sich, dass die Verschiedenartigkeit von Bevölkerungsgruppen zu Diskriminierung oder sogar schwerwiegenden gewaltsamen Konflikten führen kann. Die rechtliche Absicherung der Minderheiten gewinnt vor allem im Kontext des immer wieder aufflammenden radikalen Nationalismus in vielen Staaten zusätzlich an Relevanz.

## Besondere Aufmerksamkeit für Minderheiten

1992 nahm die Generalversammlung der Vereinten Nationen die „Erklärung über die Rechte von Personen, die nationalen oder ethnischen, religiösen und sprachlichen Minderheiten angehören“ an. Dieses Jahr kann demnach das zwanzigjährige Jubiläum dieser Erklärung gefeiert werden.

Dass der Schutz von Minderheiten besonders in den 1990er Jahren die Aufmerksamkeit der internationalen Staatengemeinschaft fand, ist sicherlich kein Zufall. Zahlreiche Staaten zerfielen in dieser Zeit aufgrund von Konflikten zwischen Bevölkerungsgruppen, die sich jeweils verschiedenen nationalen, ethnischen, religiösen oder sprachlichen Identitäten zugehörig fühlten. Im Zusammenhang mit der Europäischen Union sind hier vor allem die Geschehnisse in osteuropäischen Staaten zu nennen. So wurde die rechtliche Absicherung von Minderheiten als zentral verstanden, wenn es darum ging, soziale und politische Stabilität zu sichern.

Die Verwendung der eigenen Muttersprache sowie Medien und Literatur, in denen diese angewandt wird, die Ausübung eigener kultureller Traditionen und die politische Vertretung der eigenen Anliegen erscheinen den meisten als völlig selbstverständlich. Dies gilt nicht für viele Angehörige von Minderheiten. Diesbezügliche Rechte sind der Grund, warum die Erklärung der Minderheitsrechte eine so große Rolle spielt.



Foto: Wikimedia Commons / U.S. Mission Geneva, Eric Bridiers

**Rebiya Kadeer, Menschenrechtsaktivistin der uigurischen Minderheit und Präsidentin des Weltkongresses der Uiguren, im Rahmen des "Forum on Minority Issues" Ende 2011 in Genf.**

## Das Problem der Anerkennung

Ein großes Problem des Minderheitenschutzes ist es, dass dieser nur Angehörige anerkannter Minderheiten unterstützen kann. Einige Länder, darunter Frankreich, Griechenland und Belgien, vertreten die Ansicht, keine Minderheiten auf ihrem Staatsgebiet zu haben. Sie haben weder das „Kopenhagener Abschlussdokument für die menschliche Dimension“ noch das „Rahmenabkommen zum Schutz nationaler Minderheiten“ unterschrieben bzw. ratifiziert. Somit erübrigt sich für sie die Notwendigkeit, einigen Volksgruppen spezielle Rechte zuzuerkennen und diese zu schützen. So wird beispielsweise der Verpflichtung, die Erhaltung von Minderheiten-Sprachen durch Förderung von Medien oder Literatur der jeweiligen Sprachen zu unterstützen, nicht nachgekommen.

Besondere Medienpräsenz fand dieses Problem unter anderem im Zusammenhang mit den Roma-Abschiebungen aus Frankreich. Als Minderheit werden sie kriminalisiert und abgeschoben. Jenen, die eine Staatsbürgerschaft erhalten haben, soll diese nun entzogen werden können, sobald sie sich straffällig machen. Doch nicht nur in Frankreich wird so vorgegangen. Auch aus anderen EU-Ländern wie Italien, Deutschland und Österreich wurden viele Roma abgeschoben.

Die Thematik der ethnischen, religiösen und linguistischen Minderheiten ist äußerst komplex und sensibel. Machtkonstruktionen, Unterdrückungsmechanismen und Identitätskonflikte, die allesamt weit zurückreichende historische Wurzeln in der Geschichte der jeweiligen Bevölkerung haben, müssen berücksichtigt werden. Daher ist rechtliche Absicherung allein wohl bei Weitem unzulänglich, wenn es darum geht, ein friedliches Miteinander verschiedener Bevölkerungsgruppen zu ermöglichen.

## Neuer Fokus auf Inklusion

Es gibt zahlreiche Programme, die versuchen, die Inklusion von Minderheiten in verschiedene Bereiche zu fördern, wie zum Beispiel die „Peer Reviews zu Sozialschutz und sozialer Eingliederung sowie Bewertung im Bereich soziale Eingliederung“, die das Europäische Parlament und der Rat der EU 2006 im Rahmen des Programms PROGRESS für Beschäftigung und soziale Solidarität eingerichtet haben. Ethnische Minderheiten und Migranten sollen stärker in den Arbeitsmarkt und in kulturelle, soziale und politische Bereiche eingebunden werden. Peer Review-Länder sollen den Erfolg von Programmen einzelner Mitgliedsstaaten evaluieren und analysieren, ob diese zur Nachahmung geeignet sind. <<

# Chancen von „Sustainable Energy for All“

„Earth provides enough to satisfy every man's need, but not every man's greed.“ Mahatma Gandhi

**Die Debatte um Nachhaltigkeit ist hochaktuell und 2012 besonders präsent. Verschiedene Initiativen und Konferenzen beschäftigen sich mit Nachhaltigkeit in allen Aspekten. Doch wird nachhaltige Energie tatsächlich für alle verfügbar sein? Und welche Veränderungen wären wirklich nötig?** Text Leonie Sophie Volonte

Die Vereinten Nationen stellen das Jahr 2012 unter das Motto „Sustainable Energy for All“. Bis 2030 soll ein universeller Zugang zu moderner Energieversorgung für alle Menschen gewährleistet sein sowie die Energie-Effizienz und die Nutzung erneuerbarer Energien auf globaler Ebene gesteigert werden. Den Anstoß zu dieser Initiative gaben zahlreiche Entwicklungen: Drei Milliarden Menschen sind für Kochen oder Heizen auf Brennstoffe wie Holz, Kohle oder tierische Produkte angewiesen. 1,3 Milliarden fehlt es an Elektrizität, um ihre Wohnräume zu beleuchten. Als Folgen des fehlenden Zugangs zu alternativen Energiequellen gelten Gesundheitsschädigung und verringerte Bildungsmöglichkeiten.

Ein weiterer Anlass, das Jahr 2012 mit dem Schwerpunkt der nachhaltigen Energie zu versehen, sind der fortschreitende Klimawandel sowie die Erschöpfung der Ressourcen fossiler Brennstoffe. Untersuchungen der Vereinten Nationen zeigen, dass bisher nur rund 15 Prozent der weltweit verbrauchten Energie aus erneuerbaren Quellen, wie Wasser, Wind, Sonne, Biomasse oder Biothermie, gewonnen werden.

**Die Konferenz der Vereinten Nationen über Umwelt und Entwicklung (UNCED), die 1992 in Rio de Janeiro (Brasilien) stattfand, war ein Meilenstein für die Integration von Umweltfragen in den politischen Diskurs und für die Debatte um nachhaltige Entwicklung.**

## Altbewährte Probleme

Doch diese Probleme sind bekannt, genommen sind sie schon seit geraumer Zeit bekannt. Öffentlich diskutiert werden sie spätestens seit der ersten Weltkonferenz der Vereinten Nationen zum Thema Umwelt und Entwicklung 1992 in Rio de Janeiro. Seither sind zwanzig Jahre vergangen und die meisten Umweltprobleme haben sich stark verschärft. Ohne Frage sind Initiativen wie „Sustainable Energy for All“ und Konferenzen wie „Rio+20“ notwendig und wichtig.

Doch eine Frage bleibt: Bewirken sie tatsächlich Veränderungen? Ja.

Ausreichend? Nein. Denn oft setzen die Initiativen an Stellen an, die nicht die Wurzel des Problems sind. So ist auch bei „Sustainable Energy for All“ zu bemerken, dass der Fokus auf die nachhaltige Entwicklung in Entwicklungsländern gelegt wird, wo doch der Fokus auf einer Veränderung des Umgangs mit Energie und Ressourcen in Industrie- und Schwellenländern liegen sollte.

Es ist ein schmaler Grat, auf den man sich begibt, beginnt man Initiativen zu kritisieren, die gegen Armut und für bessere Lebensbedin-

gungen kämpfen. Natürlich ist der Kampf gegen Armut zentral, doch es ist nicht zu vergessen, dass diese Armut nicht aus einem Mangel, sondern aufgrund eines Verteilungsproblems entstanden ist und vorangetrieben wird. Diese Regel gilt sowohl für Lebensmittel als auch für Energie.

## Nötige Ansatzpunkte

Dass drei Milliarden Menschen keinen Zugang zu moderner Energieversorgung haben, ist ein Umstand, den es zu verändern gilt. Dass diese Energieversorgung zu einem größeren Anteil aus erneuerbaren Energien gewonnen werden soll, ist nicht ehrenhaft, sondern notwendig.

Jedoch werden die meisten Ressourcen zur Energiegewinnung nicht in Entwicklungsländern, sondern in Industrie- und Schwellenländern verbraucht, und das sind jene Orte, die einen Wandel in Richtung erneuerbare und nachhaltige Energieproduktion besonders nötig haben.

Um nachhaltige Energie für alle zu garantieren, gilt es dort anzusetzen, wo die meiste Energie verbraucht wird und zu fragen: Könnten wir nicht Klimawandel und Armut nicht nur bekämpfen, sondern verhindern, wenn wir unseren Energiekonsum und -verbrauch anders gestalten?

Solange etwa in Europa fossile Brennstoffe immer noch subventioniert werden, anstatt die Umstellung auf erneuerbare Energien zu forcieren oder Anreize für die Industrie zu schaffen, ihren Energieverbrauch drastisch zu reduzieren, wird „Sustainable Energy for All“ nicht möglich sein; weder für Menschen in Entwicklungsländern, deren Situation und Armut sich durch den fortschreitenden Klimawandel noch verschärfen werden, noch für Menschen in Industriestaaten, da Nachhaltigkeit bisher immer anderen Zielen untergeordnet wird. Wenn das Ziel also „Sustainable Energy for All“ lautet, dann gilt es vor allem den Energieverbrauch zu reduzieren und endlich in erneuerbare Energie zu investieren. <<



Foto: Flickr / PedroKriticos

# Cyberkrieg im 21. Jahrhundert

**Anlässlich der Münchner Sicherheitskonferenz im Februar 2012 warnte der russische Sicherheitsexperte und Computerviren-Spezialist Jewgeni Kaspersky vor neuen Formen der Kriegsführung. Leicht könne das Internet das Schlachtfeld des 21. Jahrhunderts werden, denn Angriffe über das Internet ermöglichen es verschiedensten Akteuren, mit minimalem Aufwand maximalen Schaden anzurichten; zumeist ohne eindeutige Spuren zu hinterlassen. Dr. Sandro Gaycken, IT-Sicherheitsexperte an der Freien Universität Berlin, sprach im Interview mit Redakteur Mirko Ebelshäuser über Cyberkrieg, Cybersicherheit und die zukünftigen Bedrohungen der Informationsgesellschaft.\***

Interview Mirko Ebelshäuser

**GLOBAL VIEW:** Herr Gaycken, Sie haben jüngst vor der Österreichischen Gesellschaft für Außenpolitik und die Vereinten Nationen (ÖGAVN) über den Zusammenhang von Cyberkrieg und internationale Beziehungen referiert. Was kann man sich unter diesem Zusammenhang vorstellen? Auch unter dem Gesichtspunkt, dass Hacking bereits ein bekanntes Mittel der Wirtschaftsspionage und Zentrum zivilgesellschaftlicher Handlungen, siehe etwa das Beispiel Anonymous, ist?

**Sandro Gaycken:** Viele Staaten basteln sich gerade offensiv ausgerichtete Cybertruppen in den Streitkräften und in den Nachrichtendiensten zusammen. Diese Einheiten sind mächtige Werkzeuge. Sie können in alle möglichen Computer einbrechen, sie sabotieren, ausspionieren, manipulieren. Das eröffnet eine Reihe neuer strategischer Optionen abseits der etablierten Sicherheitspolitik. Viele Länder werden einige dieser Optionen nutzen wollen. Diese Entwicklungen müssen im Bereich der internationalen Beziehungen dringend aufgegriffen werden. Da passiert noch viel zu wenig.

**GV:** Militärs sind also ein neuer wichtiger Akteur im Bereich des Cyberkrieges. Was genau macht diesen Akteur so gefährlich und worauf zielt er primär mit seinen Operationen ab?

**SG:** Dieser Akteur hat viel bessere Ressourcen als alle konventionellen Cyberangreifer. Übersetzt bedeutet das: Die kommen überall ran, können nie identifiziert werden und können Angriffe optimal ausbeuten. Dadurch richten sich diese Akteure auch auf neue Ziele ein. Sie können ja eben auch Hochsicherheits-IT gut angreifen. Die sind so vor allem an massenhafter Wirtschaftsspionage und -sabotage, an Information Operations, an Manipulationen gegnerischen Militärgeräts und Ähnlichem interessiert.

**GV:** Sie erwähnten in Ihrem Vortrag auch, dass Schätzungen zufolge 120 Länder aktive Cyber-Kapazitäten aufbauen und 60 Prozent von ihnen in den nächsten Jahren bereits einsatzfähig sein sollen. Müssen sich die großen Industrienationen nun fürchten?

**SG:** Absolut, gerade die. Im Cyberwar ist der besonders im Nachteil, der auf High-Tech gesetzt hat. Die großen Industrienationen sind besonders abhängig von IT. So sehen etwa viele Schwellen- und Entwicklungsländer Cyberwar schon freudig als „Strategic Equalizer“. Sie haben endlich ein effektives Druckmittel gegen den Westen. Allein das kann schon mittelfristig für eine erhebliche Bewegung in der Sicherheitspolitik sorgen.

**GV:** Zu erwarten scheint ein Ausbau der Kapazitäten auf beiden Seiten zu sein, sowohl der des Angreifers als auch jener des Opfers. Doch rückt man von dem Bild des „David gegen Goliath“ ab, ergeben sich im Umkehrschluss auch neue Handlungsfelder für die „Global Players“ der internationalen Politik. Ich spiele hier bewusst auf die USA, China und auch Russland an. Welches neue taktische Spektrum militärischen Hackings wird zu erwarten sein? Um welche Strategien wird deren modus operandi Ihrer Einschätzung nach erweitert werden?

**SG:** Das bleibt noch abzuwarten. Fest steht bereits, dass sich alle, die es können, schon mal gerne an Spionage üben. Das geht recht umfassend und einfach. Man wird sicher auch konventionelle Druckmittel aufbauen, „Cyberwaffen“, die man dann in Feldtests irgendwo demonstriert. Besonders Sorgen macht mir aber eher der noch vollkommen unerforschte Bereich der unkonventionellen Cyberoperationen wie Economic Operations und Ähnliches. Da ist viel möglich. Und da ist keiner darauf eingerichtet.

**GV:** Verbleibt die Frage nach dem Schutz gegenüber solchen Übergriffen. Man sollte doch annehmen, dass es bereits heute genügend IT-Sicherheitsstandards gibt, die das Angreifen erschweren oder gar bei dem Versuch Alarm schlagen. Was sind die bisherigen Sicherheitsmethoden und wieso wirken solch konventionelle Methoden des aktiven und passiven Schutzes nur bedingt?

**SG:** Diese Methoden sind vorrangig gegen konventionelle Angreifer entwickelt worden, also Hobbyhacker und Kleinkriminelle. Das ist kein Vergleich mit der Dimension, die uns jetzt bevorsteht. Wir müssen eigentlich eine

**Sandro Gaycken, der auf Einladung der ÖGAVN in Wien referierte, ortet auf dem Gebiet der Cybersicherheit und -kriegsführung neue Herausforderungen für große Industrienationen.**



Foto: AFA

umfassende Revolution in der IT-Sicherheit anschieben. Aber das kostet. Und was kostet, ist auch politisch schwierig. Also macht das im Moment noch niemand.

**GV:** Ein Problemfeld der manipulierten Hard- und Software?

**SG:** Auch das ist problematisch. Zwar sagt jeder Hersteller, bei ihm gäbe es das nicht; aber beweisen kann es eben niemand so richtig. Dieser Mangel an Verifizierbarkeit muss eigentlich eine national-souveräne Produktion auslösen, wenn man es denn richtig sicher machen wollte. Aber das erscheint vielen als utopisch.

**GV:** Was empfehlen Sie als wirksame Ergänzung, wenn bisherige IT-Sicherheitsstandards nicht den gewünschten Schutz gegenüber militärischem Hacking bringen? Wie wird überdies im internationalen Recht mit dieser Problematik umgegangen?

**SG:** Wir müssen eine proportionale Sicherheit entwickeln. Das muss aber erst noch erforscht werden und aller Voraussicht nach wird das eine vollkommen neue IT sein. Außerdem muss die Einrichtung dieser hohen Sicherheit noch vom Staat aus unterstützt werden. Weder Unternehmen noch Behörden sind da im Moment ausreichend aus eigener Kraft motiviert. Das internationale Recht hat so ungefähr festgestellt, dass es sich eigentlich nicht umschreiben muss – Recht bleibt eben Recht, auch wenn sich die technischen Bedingungen ändern – dass es aber erhebliche Probleme mit der Anwendung hat, weil eben die Angreifer nicht mehr identifizierbar sind. Gegen wen soll man da Recht sprechen?

**GV:** Wie schätzen Sie die Entwicklungen in den internationalen Beziehungen allgemein ein? Teilen Sie die eingangs dargestellte Auffassung

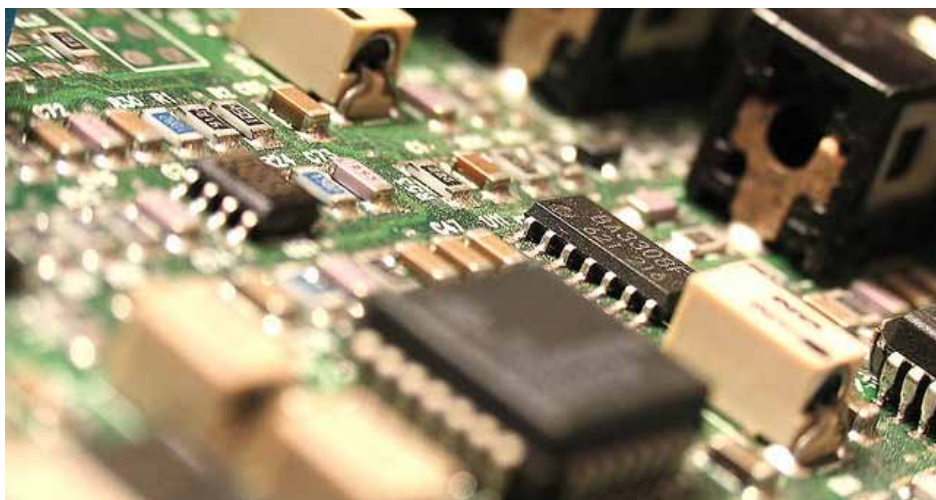


Foto: Flickr / Rod Senna

**Zahlreiche Staaten bauen derzeit für ihre Streitkräfte und Nachrichtendienste schlagkräftige „Cybertruppen“ auf, die in Computer eindringen und diese ausspionieren oder manipulieren können, wie Sandro Gaycken im Interview erläutert.**

Ihres Kollegen Kaspersky, dass das Internet das Schlachtfeld des 21. Jahrhunderts sein wird?

**SG:** Naja, Kaspersky verdient ja monetär an der Dramatisierung, das muss man mit etwas Skepsis betrachten. Es ist aber mit Sicherheit wichtig, und es wäre begrüßenswert, wenn mehr Aufmerksamkeit jenseits des IT-Sicherheits-Verkaufsrausches generiert werden würde.

**GV:** Vielen Dank für das Gespräch! <<

*\* Das Interview wurde im Anschluss an den Besuch von Sandro Gaycken in Wien auf Einladung der Österreichischen Gesellschaft für Außenpolitik und die Vereinten Nationen (ÖGAVN) in schriftlicher Form geführt.*

# Yemen's Hidden Conflict: An Analysis of its Causes

**The Houthi conflict in Yemen represents a serious crisis for peace and stability in the whole Middle East. From a government perspective, it has priority over other security challenges such as dealing with al-Qaeda in the Arabian Peninsula and secessionists in the South.** Text Carmen Toth-Pickl

The Government of Yemen (GoY) has been tired in layers of fighting against the Houthis, a religious group of Zaydi Shia in North Yemen. Non-combatants paid a high price in this war that worsened security and stability in the country, weakened the GoY, and strengthened other violent actors such as al-Qaeda. Yemen has to deal with several challenges: huge economic problems, high unemployment rates, a very high population growth, a steady fall of the water table, high levels of corruption, a weak government capacity, dwindling oil reserves and little to no social services throughout large parts of the country. Houthis have protested against decreasing influence and significant underdevelopment of the North. The GoY has constantly advanced two accusations: first, saying that one of the Houthis' goals is to overthrow the republic and reinstall the Zaydi imamate which had existed before 1962 and second, that Houthis are in service of Shia Iran and are sponsored by Hezbollah in Lebanon as well as by the Sunni fundamentalists of al-Qaeda.

Nevertheless, there is no evidence that the Houthis have been receiving military assistance from them nor did the GoY provide any evidence in support of their allegations. Since the Houthis do not show organizational unity and have not phrased precise goals representing a consensus among their members yet, the GoY cannot declare them as terrorists.

**Houthis, a religious group of Zaydi Shia in North Yemen, are involved in a conflict with the Government of Yemen. In the picture, Saudi-Arabian soldiers after a fight against Houthis in 2009.**



Photo: Wikimedia Commons / Ar Riyadh Newspaper

Since hostilities started in 2004, more than 250,000 civilians have been internally displaced; the exact number of casualties is unknown. Fundamentally, the conflict emerged from a combination of religious, social, political and economic tensions, regional underdevelopment, the rise of new (external) actors, and historical grievances. All this built up a complex structure which will be shortly illustrated in order to clarify the whole conflict.

## Lack of control over the peripheries

The GoY has a massive lack of control over its peripheries, particularly in the North. The autonomy of the North has endured until today, including methods of economic exchange, political activity, and conflict mediation, which came only marginally under the republic's influence. The environment of the North characterises this autonomy based on Gabyala, a tribal code by which autonomy and collective honour have priority over the law. The limited resources are spread over a barren landscape of a low population density, generating massive socio-economic gaps. Leaders of the tribes have legitimacy due to their capability of supplying material goods, protecting the tribe's property, and mediating conflicts. In this way, the tribal code has frequently elevated the state's peripheral role at the local level.

After Yemen's unification, the former South Ye-

meni government and president Ali Abdullah Saleh, in office between 1978 and 2012, acted against the integration of the Zaydis. As a result, local dynamics and Yemen's governance methods have exasperated the North Yemen issue.

## Roots of the conflict

The Houthi conflict emerged after the civil war in 1970, but had its peak in the late 1990s. The GoY focuses its control on areas close to the capital and regions with natural resources; in particular the Saada governorate, which is relatively excluded in terms of material goods and development programmes. The first post-imamate generation, such as the sons of the spiritual leader Badr al-Din al-Houthi, emerged in the late 1980s. Members of different tribes from isolated areas of Saada became a network, known as "The Believing Youth". They were recruited through boarding schools and trading business. As a result, tribes started to recognise their shared dilemma. The Zaydism revival also represented a response to the invasion of Saudi Arabian-sponsored Salafists into the North. The al-Haq party was established as an expression of Zaydi interests pursuant to the unification and the Wahhabi invasion.

The new generation along with the disclosure of North Yemen's situation led to profound shifts unsettling the North and provided the basis for the later conflict. Increased literacy, access to information, and the possibility to travel have raised expectations towards the GoY, disappointment with a secular GoY, and a revival of Islamic expressions. Socio-economic changes and a tense ideological relationship created violence between the tribes. Although these tensions were on the decline in the late 1990s, the heart of the problem causing violence has never been addressed.

## After 9/11

The attacks of 9/11 had an explosive effect on the situation in Yemen. President Saleh quickly

announced the country would be a partner of the USA in the global war on terror due to al-Qaeda's presence in Yemen. Extended military aid and training from the US enhanced Saleh's confidence and contributed to his perception that he could be dominant. This might have also raised his desire of more direct control over the North through a programme of forced repression of the periphery.

However, cooperation with Washington attracted criticism from Salafis who were provided with large budgets from the GoY at that time. Further criticism was offered by Hussein al-Houthi whose policy targeted, among other things, operations of the US in Afghanistan and Iraq to win over the masses in Yemen who were completely against those interventions. His lively discourse definitely eroded Saleh's legitimacy.

The Believing Youth facilitated the Houthis' access to increased socio-economic benefits as well as political participation. Based on their efforts in parliament, the Houthi clan achieved enhanced credibility in Saada. This hegemony made them a clearinghouse for complaints against the GoY's negligence of the North and its benefits for the local Salafis. Hence, the Houthis seemed to be a palpable threat to the president. In response, he invaded the Saada governorate and eliminated Hussein al-Houthi in 2004. Hussein was succeeded by his brother Abdul-Malik al-Houthi.

#### Aggravating the conflict

Since conquering the Houthis failed, the GoY resorted to measures that might be deemed as *counter-insurgency* (COIN). COIN tactics provoked an enlarged struggle and an insurgency has been manufactured. In the course of time, the actions enabled more opposition to the GoY; more Zaydis from different tribes in the North started to see themselves as allies of the Houthis.

Closing down Zaydi schools and mosques, simultaneously opening up governmental schools, organized mosque sermons, and judi-



Photo: Wikimedia Commons / White House Photo

**Former President Ali Abdullah Saleh (left, with former US President George W. Bush) officially supported the United States in the global war on terror due to al-Qaeda's presence in Yemen.**

cial pronouncements permitting the shedding of Houthi blood are part of the GoY's campaign to picture the Houthis as opponents to the republic. In order to cut down information in the North, the GoY denied access to the area and shut down Houthi and independent media. They also cordoned off the conflict zone, disrupted intraregional and intertribal trade routes and hence prevented the distribution of goods as well as humanitarian aid. The conflict and its consequences created massive flows of internally displaced people.

After sticks, the GoY offered carrots: it provided the population with material goods in affected regions to entice passive support away from the Houthis. Since 2004, the GoY was unable to achieve an obvious impairment of the Houthi capabilities. Quite the contrary, continually growing circles of Zaydis and even Sunnis have been involved in the conflict with the GoY.

#### Conclusion

Since the beginning of the Houthi conflict eight years ago, protagonists have released several narratives to warrant actions and receive domestic as well as international support. Prob-

ably one of the most challenging steps for a transition within Yemen will be to assure an enduring ceasefire, eliminate military and armed tribesmen from conflict zone, and start reforming military and security forces. The only certainty is that the fighting for Yemen will last long into 2012 or even longer, depending on changes caused by the Yemeni uprising and the newly "elected" president who set himself the goal to eliminate al-Qaeda in Yemen, thereby pleasing the United States instead of fighting the Houthis, what would have appealed to Saudi Arabia. <<

# Russland: Konstanten im Wandel

**Das politische Verhältnis Russlands zur westlichen Staatengemeinschaft wird oft als konfrontativ, erratisch und unberechenbar beschrieben. Doch obwohl eine gewisse Ambivalenz nicht bestritten werden kann, geben die langfristigen Interessen des Kremls doch Hinweise auf zukünftiges Verhalten.** Text Roman Pable

Trotz eines medienwirksamen Auftritts Barack Obamas und Vladimir Putins auf dem G-20-Gipfel im mexikanischen Los Cabos und eines gemeinsamen Appells zur sofortigen Einstellung aller Gewalt in Syrien stehen die Zeichen wieder einmal auf Sturm. Während Putin dem Westen Scheinheiligkeit und ungezügelt Hegemoniestreben vorwirft, beschuldigte US-Außenministerin Hillary Clinton Russland, Waffen an das Assad-Regime zu liefern und so zur Eskalation des Konflikts beizutragen. Obwohl Obama seine erste Amtszeit eigentlich mit dem Ziel angetreten hatte, die Beziehungen zwischen den USA und Russland zu verbessern, gilt das Verhältnis zwischen den beiden seit längerem als angespannt. Dies sollte allerdings nicht verwundern, denn die letzten zwei Jahrzehnte waren von einem beständigen Auf und Ab geprägt.

Die Auflösung der Sowjetunion besiegelte nicht nur das Schicksal einer Staatengemeinschaft, sondern auch das Ende der bipolaren Weltordnung, welche seit dem Zweiten Weltkrieg die internationalen Beziehungen strukturiert hatte. Die Auswirkungen auf die neu entstandene Russische Föderation waren gravierend, denn einerseits war das Land auf militärischer, ökonomischer und politischer Ebene immens geschwächt, andererseits brach zeitgleich mit dem Kommunismus auch dessen Ideologie zusammen. Moskau musste sein politisches System gänzlich neu justieren. Diese Umorientierung erfasste auch die Außenpolitik und erfolgte seit 1991 in einigen Phasen, in denen sich der Kurs des Kremls zwar zum Teil deutlich wandelte, grundsätzliche Leitlinien aber beibehalten wurden.

## Wandel und Konstanz

Deutlich geschwächt konnte die neugegründete Russische Föderation die zentrale Rolle der UdSSR auf dem internationalen Parkett nicht einnehmen und durchlief Jahre der schmerzlichen Passivität. In dieser Zeit wurden sicherheitspolitische Vereinbarungen des Kalten Krieges, aber auch viele der vorherrschenden Spielregeln internationaler Diplomatie, funda-



**US-Präsident Barack Obama (links) und der vormalige russische Präsident (2008-2012, heute Ministerpräsident) Dmitri Medwedew, hier auf einer Pressekonferenz 2009, konnten den hohen Erwartungen nur teilweise entsprechen.**

mental in Frage gestellt. So war etwa das Verhalten westlicher Staaten auf dem Balkan oder in Fragen der NATO-Osterweiterung für den Kreml nur schwer hinnehmbar.

Aufgrund mangelnden politischen Spielraums verwundert es dennoch nicht, dass Russland in den ersten Jahren der Jelzin-Regierung bis etwa 1994 eindeutig auf Kurs gen Westen, in Richtung Marktwirtschaft und Demokratie, war. Symbolisiert wurde diese anfängliche Kooperationsbereitschaft durch den ersten russischen Außenminister Andrei Kosyrew. Dieser galt in westlichen Medien als „Aushängeschild des West-Kurses“ mit dem Ziel, Russland „als Großmacht in die Familie der fortgeschrittensten demokratischen und marktwirtschaftlichen Staaten, in die sogenannte westliche Staatengemeinschaft, einzubinden“ [Der Spiegel Nr. 22/1993].

Die Politik der Westenbindung wurde jedoch den Hoffnungen Jelzins nicht gerecht, die internationale Bedeutung Russlands ging kontinuierlich zurück und die USA konnten oder wollten Russland nicht als gleichberechtigte Großmacht akzeptieren. Dies führte zum ersten deutlichen Umschwung der russischen Außenpolitik, als mit Jewgeni Primakow ein Politiker Außenminister wurde, der die russische Staatsräson verbissen verteidigte. Be-

reits 1998 erklärte dieser die Schaffung einer „multipolaren Welt“ zum Leitsatz russischer Außenpolitik. Seitdem ist sie fester Bestandteil der Rhetorik Moskaus. Ziel war es, den Großmachtstatus Russlands zu wahren und einer als Bedrohung empfundenen US-Hegemonie gemeinsam mit potentiellen Verbündeten wie China, Indien oder dem Iran entgegenzutreten, auch auf die Gefahr einer möglichen Konfrontation hin.

Zwar wurde dies zu Zeiten relativer internationaler Schwäche eher zurückhaltend formuliert, so etwa im 2000 veröffentlichten Konzept russischer Außenpolitik mit den Worten: „Russland strebt danach, ein multipolares System der internationalen Beziehungen zu erschaffen, welches die Diversität der modernen Welt mit ihren stark variierenden Interessen widerspiegelt.“ Doch mit der beständigen Rückgewinnung an Macht und Einfluss wurde der Kreml deutlicher in seinen Worten. So unterstrich Vladimir Putin einige Jahre später auf der Münchner Sicherheitskonferenz seine Ablehnung einer US-Hegemonie: „Ich erachte ein unipolares Modell nicht nur als inakzeptabel, sondern als unmöglich in der heutigen Welt [...]. Ein solches wäre nicht nur schädlich für all jene innerhalb des Systems, sondern auch für den Souverän selbst, denn er würde



sich von innen heraus selbst zerstören.“

Trotz harscher Rhetorik war Putin in seiner Anfangszeit sehr darauf bedacht, die Beziehungen zum Westen zu verbessern. Denn nach einer Phase der relativen Konkurrenz – relativ deshalb, weil Russland unter Jelzin einfach nicht in der Lage war, tatsächlich Gegengewichte zu den USA aufzubauen – begann mit den Anschlägen auf das World Trade Center 2001 bis zum Einmarsch amerikanischer Truppen im Irak 2003 eine neuerliche Phase der Annäherung. Kurz sah es so aus, als würde sich Russland dem Kampf der NATO-Staaten gegen den globalen Terror in Form von Al-Qaida anschließen. So unterstützte der Kreml die USA in ihren Plänen, Militärbasen in GUS-Staaten zu errichten, im Gegenzug erkannte Washington Russlands „Kampf gegen den Terrorismus“ in Tschetschenien an.

Die kurze Phase der Annäherung währte aber nicht lange, denn spätestens mit der Invasion des Iraks 2003 musste klar sein, dass die USA langfristige Interessen in der Region verfolgten. Zusätzlich verhärteten die sogenannten Farbrevolutionen in einigen GUS-Staaten sowie die Pläne um einen NATO-Beitritt der Ukraine und Georgiens die Fronten, denn Moskau sah dies als ein weiteres Vordringen des Westens in den traditionellen Einflussbereich Russlands. Dementsprechend änderte sich ab diesem Zeitpunkt auch der Kurs des Kremls: Die Außenpolitik der USA und ihre Anwesenheit in Zentralasien wurden zunehmend als Sicherheitsrisiko eingestuft. Als Gegengewicht dazu wurde erneut die Multipolarität hochgehalten, sei es gemeinsam mit Berlin und Paris gegen den Irak-Krieg oder im kaspischen Raum durch ein verstärktes Engagement in der Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit bzw. durch bilaterale Kooperation mit regionalen Mächten wie dem Iran.

### Neue Köpfe, alte Konzepte

Die Wahl Dmitri Medwedews 2008 zum Präsidenten Russlands schürte im Westen Hoffnungen auf ein neues, weitaus kooperativeres Russland. So gingen von der neuen ameri-

kanischen Regierung unter Präsident Obama mehrere Initiativen für eine verbesserte Zusammenarbeit aus. Diese gipfelten 2010 in der Unterzeichnung eines neuen nuklearen Abrüstungsabkommens, „New START“ (Strategic Arms Reduction Treaty). In vielen kritischen Bereichen jedoch, etwa in der Iran-Politik oder in Bezug auf das von den USA geplante Raketenabwehrschild in Osteuropa, wurden westliche Erwartungen an Russland enttäuscht. Betrachtet man aber die langfristigen Konstanten russischer Außenpolitik, so kann dies nicht verwundern.

Denn die Verteidigung der eigenen Einflussphäre in den ehemaligen Sowjetrepubliken, das Ausbalancieren amerikanischer Hegemoniebestrebungen und die Unterstützung der letzten verbliebenen Verbündeten aus Sowjettagen wie dem Iran oder aktuell Syrien wurden bereits unter Jelzin/Primakow formuliert und sind keineswegs neu. Ein verbessertes Verhältnis mit Moskau ist daher nicht von rhetorischen Neuanfängen oder dem Wechsel von Führungspersonlichkeiten abhängig, sondern von der Akzeptanz oder Ablehnung dieser Kernforderungen russischer

Außenpolitik. Solange sich Russland in diesen kritischen Bereichen nicht ernst genommen fühlt, ist es illusorisch anzunehmen, dass Kompromisse erzielt werden könnten. Auch die Demonstrationen gegen die Regierung Putins können darüber nicht hinwegtäuschen, denn selbst Oppositionelle, wie der im Westen angesehene Alexei Nawalny, stellen sich in Fragen der außenpolitischen Staatsräson hinter die Regierung. In sicherheitspolitischen Fragen würde daher selbst ein Regierungswechsel die Karten nicht völlig neu mischen. Die einzige Möglichkeit, Russland langfristig in die westliche Staatengemeinschaft mit einzubeziehen besteht darin, die außenpolitischen Forderungen des Kremls ernst zu nehmen und ihnen zumindest teilweise nachzukommen. Schließlich hatte Churchill wohl doch Recht, wenn er die nationalen Interessen als Schlüssel zu den Geheimnissen russischer Politik bezeichnete. <<

**Die russische Außenpolitik ist von einer Reihe von Kernforderungen geprägt, die im Umgang mit anderen politischen Großmächten entscheidend sind. Die Abbildung zeigt ein Corps der US-Marine bei einer Militärparade auf dem Roten Platz im Jahr 2010 in Moskau.**



Photo: Wikimedia Commons / U.S. Navy photo by Mass Communication Specialist 1st Class Edward Vasquez

# Quo vadis, Libyen?

**Der Umbruch Libyens ist in vollem Gange und doch sind die Hoffnungen der Libyerinnen und Libyer scheinbar weniger euphorisch als realistisch. Ein Lokalaugenschein der Grenzen der Entwicklungsfähigkeit des „freien Libyen“.**

Text Lukas Wank

Wenn man durch die Straßen des Post-Gaddafi-Libyen fährt, findet man überall im Land die Fahnen des „neuen“ Libyen an die Hauswände gemalt. Teilweise sind sie mit Siegesparolen untermittelt und nicht selten findet man Solidaritätsbekundungen mit dem Vietnamkrieg oder dem Arabischen Frühling. Unzählige rot-grün-schwarze Fahnen mit Stern und Halbmond wehen einem entgegen, egal, ob man ein Geschäft betritt oder in einem Provinzkrankenhaus Patienten untersucht. Dieser neue, oberflächliche „Touch“ gab dem Land Hoffnung und sollte dies auch weiterhin tun, doch langsam beginnt die Sonne damit, diesen neuen Anstrich verblassen zu lassen. Sichtbar wird dies unter anderem anhand von Gesprächen mit Bewohnern der verschiedenen Regionen und den wenigen hier gebliebenen ausländischen Hilfskräften, also jenen Menschen, die das Land unter Gaddafi kannten und den Umbruch miterlebt haben. Die Reaktion, wenn man danach fragt, was sich in den letzten Monaten geändert hat, ist ein mit einem müden Lächeln unterstrichenes, resignierendes Durchatmen. Durch die mitgeschleppten Strukturen des alten Regimes wurden viele Probleme ins neue Libyen übertragen. Dabei sind vor allem strukturelle Hürden, wie ein hinkendes Bildungswesen und ein fehlender Arbeitsmarkt zu nennen, wobei die systemimmanente Korruption jeglichen Fortschritt lähmt.

## Politische Aspekte

In der Übergangszeit, die nun in Libyen herrscht und deren Ende nicht absehbar ist, kämpfen die alten Eliten gegen die aufstrebenden neuen um die Macht im Land. Beachtung muss man bei der Beurteilung solcher Prozesse auch regional unterschiedlichen Gegebenheiten schenken, da die lange unterdrückte ethnische Fragmentierung des Landes gerade erst zum Tragen kommt und langsam aufzubrechen beginnt. So bergen im Süden des Landes die Clanzugehörigkeiten, die weit über die Grenzen Libyens hinausreichen, großes Konfliktpotential, wie in den letzten Monaten bei blutigen Kämpfen zwischen rivalisierenden

Gruppen sichtbar wurde. Im Norden werden viele physische Kämpfe in der Nacht ausgetragen und bleiben so tagsüber meist unsichtbar. Geht man untermits durch die Straßen, scheint der übliche chaotische Alltag vorzuherrschen, während nachts immer wieder Schüsse und stellenweise heftige Gefechte zu hören sind. Wie sich diese Kämpfe entwickeln oder entscheiden werden, ist zurzeit unabsehbar. Die meisten dieser lokalen Auseinandersetzungen sind ein typisches Post-Conflict-Merkmal, bei dem Gruppen ihre „Hahnenkämpfe“ auf offener Straße austragen und ihr Gegenüber einzuschüchtern versuchen. In Summe gibt es dabei wenige Verletzte und kaum Tote. Weit interessanter für die Zukunft des Landes sind die Machtkämpfe auf den übergeordneten politischen Ebenen. Von der Gemeinde-, Regions- oder Provinzebene übertragen sich konfliktträchtige Dynamiken unweigerlich auf die nationale Politik. Die Machtkonflikte auf dieser Ebene spielen sich vor allem zwischen den neuen Eliten und verschiedenen Rebellengruppen ab, die vor einem Jahr noch gegen die Gaddafi-Truppen gekämpft haben und sich von der installierten Übergangsregierung unter dem Regierungschef, Premierminister Abdel Rahim el-Kib, oftmals nicht vertreten fühlten. Gerade weil sich das Land nach wie

vor in einem indifferenten Zustand befindet, sind Streiks wegen ausstehender Löhne Teil des Alltags.

Die ethnische Fragmentierung der Bevölkerung auf der einen und die unüberblickbare Größe des Landes auf der anderen Seite machen die Realisierbarkeit eines politisch vereinten Libyens als eine Nation unter einer demokratischen Regierung unwahrscheinlich. Das bedeutet konkret, dass Separationstendenzen à la Südsudan in Zukunft nicht ganz auszuschließen sind, vor allem da der Wirtschaftsfaktor Öl auch in Libyen ein regional differenzierender Faktor ist. Deutlich wurden derartige Separationsbestrebungen bereits Anfang des Jahres 2012, als der Osten des Landes (Cyrenaika) seine Unabhängigkeit vom restlichen Staatsgebiet erklären wollte.

## Abhängigkeit(en) von außen

Da nach dem Sturz Gaddafis unzählige externe Akteure ihre Verträge, die mit dem alten Regime abgeschlossen worden waren, auf Eis gelegt haben, werden viele Dienst- und Sozialleistungen nicht mehr angeboten. Das Land wurde während der letzten Jahrzehnte von staatlichen Strukturen getragen, weshalb die Libyer nun vieles nicht durch privatwirtschaft-

**Ein Mann auf dem Balkon seines schwer beschädigten Hauses in Zawiya während eines Besuchs der UN Support Mission in Libya (UNSMIL) im November 2011.**



Foto: UN Photo / Jason Fouantien

liche Erwerbstätigkeit abdecken können. Beispielsweise gibt es in Krankenhäusern einen eklatanten Mangel an essentiellen medizinischen Verbrauchsgütern, weil die früher vom Staat gelenkte Verteilung dieser Güter zurzeit nur fragmentarisch existiert. Ein anderes Beispiel betrifft die Individualkommunikation: Derzeit können keine neuen SIM-Karten auf den Markt gebracht werden, nachdem die Handynetzbetreiber ausländische Firmen waren, die nun ihre Verträge mit dem Übergangsrat erst neu ausverhandeln müssen. Das gleiche trifft auch auf die Internetprovider zu. Ein bedeutender Anteil von Dienstleistungen vor dem Sturz Gaddafis wurde von ausländischen Arbeitskräften abgedeckt. Das bedeutet etwa, dass das Baugewerbe, dem Arbeitskräfte aus Bangladesch fehlen, nahezu zum Erliegen gekommen ist. Im ganzen Land findet man Wohnbauprojekte, von denen nur verlassene Rohbauten sichtbar sind. Auf Industriestaustellen wurden die Baugeräte seit dem letzten Arbeitstag vor Monaten nicht mehr bewegt. Ein ähnliches Szenario findet man am Gesundheitssektor vor, der zum Großteil von ausländischen Fachkräften getragen wurde. Im ganzen Land fehlt das zu Beginn der Kampfhandlungen im Februar 2011 geflüchtete Pflegepersonal aus Osteuropa und Südostasien. Auch Ärzte sind nur marginal vorhanden oder größtenteils durch unzureichend ausgebildetes Personal ersetzt worden, um die fehlende Ausstattung der diversen medizinischen Einrichtungen ausgleichen zu können.

#### Gefahren durch hohen Bewaffnungsgrad

Ein weitgehend bekanntes und auch von der internationalen Gemeinschaft heftig diskutiertes Problem für die zukünftigen Entwicklungen Libyens wie der gesamten Region ist die Frage, wie man mit der Vielzahl an verschwundenen Waffen umgehen wird. Nach dem Bürgerkrieg sind in Libyen enorme Mengen an Kleinwaffen und Kriegsgerät verschwunden, zum größten Teil aus Beständen der alten libyschen Armee. Ganze Waffen- und Munitionslager wurden von Rebellen Gruppen geplündert und entweder als Kriegsbeute behalten oder weiterverkauft. Da-



Foto: C. Altmann

**Ethnische Fragmentierung und die Größe des Landes rücken die Aussicht auf ein politisch geeintes Libyen unter demokratischer Führung wohl in weite Ferne. Im Bild das verlassene Gebäude der Geheimdienstzentrale Gaddafis in Benghazi.**

raus ergibt sich, dass nahezu jeder Libyer bewaffnet ist und somit zu einer sehr prekären internen Sicherheitssituation beiträgt, in der kleine lokale Kämpfe sehr schnell zu größeren bewaffneten Konflikten heranwachsen könnten. Die Überbleibsel der salopp genannten „Pick-up-Brigaden“ gliedern sich im „neuen“ Libyen in den täglichen Straßenverkehr ein. Mit den großteils noch immer aufgeschweißten Vorrichtungen für Maschinengewehre, Granatwerfer oder Geschütze kann eine Gefechtsbereitschaft binnen Minuten hergestellt werden. Verknüpft man die vorherrschende Sicherheitssituation mit den angesprochenen politischen Aspekten, wird verständlich, dass Überfälle auf Überlandstraßen im „freien Libyen“ zum Alltag gehören: Rebellen Gruppen, die sich benachteiligt oder unzureichend in das neue System eingebunden fühlen, werden schnell zu Räuberbanden, die sich selbst zu bereichern oder ihre Forderungen mit Waffengewalt durchzusetzen versuchen.

#### Ausblick in die Zukunft

Die libysche Bevölkerung ist sich trotz der Euphorie der ersten Stunde nach dem Sturz Gaddafis ihrer stagnierenden Situation durchaus bewusst. Realistisch betrachtet kann man nach den letzten Wahlen keine grundlegenden Verbesserungen der Situation im Land erwarten.

Für die Libyerinnen und Libyer wird es mit Sicherheit kein Leichtes werden, sich mit den enormen Veränderungen im Land zu arrangieren. Vor allem werden viele dieser Veränderungen bei der Bevölkerung erst später ankommen, gesetzt den Fall, dass es der politischen Ebene gelingt, ein ambitioniertes Programm durchzusetzen. Für die neue Regierung wird deshalb Capacity-Building in allen Sektoren eine wesentliche Aufgabe darstellen, um die Grundlage eines funktionierenden Staates zu schaffen. <<

# Wahlen in Serbien: Eine Frage des „kleineren Übels“

Die diesjährigen Parlaments- und Präsidentschaftswahlen haben auf den ersten Blick für einige Überraschungen in Serbien gesorgt. Bei näherer Betrachtung scheinen sich die Entwicklungen bereits abgezeichnet zu haben, wie das kürzlich abgeschlossene Forschungsprojekt des Instituts für den Donauraum und Mitteleuropa (IDM) und der Forschungsplattform Wiener Osteuropaforum der Universität Wien zeigt. Text Silvia Nadjivan

Nachdem die rechtspopulistische Fortschrittspartei (SNS) unter Tomislav Nikolic bei den Parlamentswahlen am 6. Mai 2012 die meisten Stimmen erhalten hatte, prophezeiten die meisten, regierungsnahen Institute für Meinungsforschung dennoch den Wahlsieg des Amtsinhabers und Chefs der Demokratischen Partei (DS) Boris Tadic. Umso verblüffender erschien Nikolic' Sieg bei der Stichwahl am 20. Mai, zumal die meisten Wahlempfehlungen für Tadic ausgesprochen worden waren. So unterstützte die einstige Milosevic-Partei, die SPS, als bisheriger DS-Koalitionspartner explizit den Amtsinhaber. In der öffentlichen bzw. veröffentlichten Debatte ging es vor dem Hintergrund von Wirtschaftskrise, hoher Arbeitslosigkeit (ca. 23%) und einem drastisch gesunkenen Lebensstandard der Bevölkerungsmehrheit (10% leben unter dem Existenzminimum) um die Wahl des sogenannten „kleineren Übels“, das der Demokrat Tadic nach seiner achtjährigen Präsidentschaft scheinbar darstellte.

Dessen Wahlniederlage gegenüber dem Rechtspopulisten Nikolic (47,2% zu 49,8%) lässt sich auf den Wahlboykott des linksliberalen und bürgerlichen Lagers zurückführen. Lediglich 45% der 6,8 Millionen Wahlberechtigten gingen zu den Urnen, wobei rund 100 000 ungültige Stimmen abgegeben wurden. Der Aufruf mancher regimekritischer Intellektueller, ungültig zu wählen, wurde erstmals als Zeichen des politischen Protests in der serbischen Öffentlichkeit breit diskutiert. Schließlich ging es um eine weit verbreitete Unzufriedenheit mit der politischen Elite, die zuvor artikulierte Versprechen nicht erfüllt hatte. Da sich Tadic als Protagonist eines proeuropäisch orientierten sowie modernisierten Serbien inszenierte und sich – ungeachtet seiner verfassungsrechtlich klar definierten Kompetenzen – laufend in Regierungsgeschäfte einmischte, zog er den Unmut der Bevölkerungsmehrheit über politische und vor allem wirtschaftliche und soziale Missstände auf sich. Dass er nun während der laufenden Koalitionsverhandlungen verkündet hat, die Funktion des Regierungschefs – trotz seiner



Foto: Wikimedia Commons / izbor za bolji zivot Boris Tadic

**Der ehemalige serbische Präsident (2004-2012), DS-Parteichef und inzwischen gescheiterte Präsidentschaftskandidat Boris Tadic während der Wahlkampagne im Mai in Novi Sad.**

Wahlniederlage – übernehmen zu wollen, wird mittlerweile scharf kritisiert.

## Zentrale Ergebnisse des Forschungsprojekts

Dass Korruption ein gravierendes Problem in Serbien darstellt, belegt auch das kürzlich am Institut für den Donauraum und Mitteleuropa (IDM) – in Kooperation mit der Forschungsplattform Wiener Osteuropaforum der Universität Wien – durchgeführte Forschungsprojekt „Demokratie in unsicheren sozialen Räumen: Zum Zusammenhang von Migration und Demokratie in Serbien“. Unter der Projektleitung von Dieter Segert, Heinz Fassmann und Vedran Dzihic sowie mit der finanziellen Unterstützung der Österreichischen Nationalbank und des österreichischen Bundesministeriums für Wissenschaft und Forschung wurde eine umfangreiche quantitative und qualitative Untersuchung realisiert. Als serbischer Kooperationspartner vor Ort fungierte das Belgrader Institut für Sozialwissenschaften (Institut za društvene nauke), das die empirischen Untersuchungen mitkonzipierte und durchführte.

Zu den zentralen Ergebnissen der in ganz Serbien durchgeführten repräsentativen Umfrage (über 1 000 Befragte) im November 2010 und der im April 2011 in vier Städten (Sandzak, Leskovac, Vrsac und Belgrad) abgehaltenen Fokus-

gruppen zählen folgende: Unmut über die weit verbreitete Korruption, Misstrauen gegenüber staatlichen Institutionen, allen voran gegenüber der Regierung und den politischen Parteien. Auffällig ist auch eine weit verbreitete Unzufriedenheit mit der eigenen sozialen Situation und ein damit einhergehender Pessimismus bezüglich persönlicher Zukunftserwartungen, wobei die EU im individuellen Alltagsleben den Ergebnissen zufolge – ähnlich wie in nahezu allen Meinungsumfragen seit 2001 – eine marginale Rolle spielt.

## Demokratie und politische Partizipation

Ausgangspunkt dieses Projekts war es, nicht von einem normativen Demokratiebegriff auszugehen, sondern im Sinne einer „bottom-up“-Perspektive das Demokratieverständnis sowie die Bereitschaft zur politischen Partizipation innerhalb der serbischen Bevölkerung zu untersuchen. Davon ausgehend sollten Risiken und Defizite von Demokratie im Kontext unsicherer sozialer, vor-politischer Rahmenbedingungen erforscht werden, um zu demokratietheoretischen Rückschlüssen zu gelangen. Darüber hinaus wurde der Einfluss von Migrationserfahrungen auf Demokratieverständnis, politische Partizipation und das Vertrauen in politische Institutionen untersucht.

So wird gemäß den Forschungsergebnissen in Serbien die „soziale“ Demokratie gegenüber der „liberalen“ bevorzugt, wobei Vorstellungen zu Demokratie mit jenen von Wohlfahrtsstaat zu verschwimmen scheinen. Der Wunsch, nach dem Sturz des Milosevic-Regimes 2000 einen Sozialstaat zu etablieren, wurde nicht erfüllt, was umgekehrt zu einer ambivalenten Haltung gegenüber dem politischen System in Serbien geführt hat. Bei der Frage nach der politischen Partizipation hat sich der folgende Grundsatz herauskristallisiert: Je mehr sozioökonomische Ressourcen zur Verfügung stehen, desto positiver ist die Einstellung gegenüber Politik, desto stärker die Überzeugung, durch die eigene politische Aktivität auch etwas bewirken zu können.

#### Politische Elite vs. Bevölkerungsmehrheit

Bei der Vertrauensfrage schnitten die politischen Parteien, allen voran die serbische Regierung, am schlechtesten ab, wohingegen unter den staatlichen Institutionen der Armee und Polizei das größte Vertrauen zugesprochen wurde (55% bzw. 52%). Verglichen mit staatlichen Institutionen genießen religiöse Organisationen, hier vor allem die serbisch-orthodoxe Kirche, seit mehr als zehn Jahren besonders großes Vertrauen (46%). Angesichts der Tat-

**Ein kürzlich am Institut für den Donauraum und Mitteleuropa (IDM) durchgeführtes Forschungsprojekt zeigt den Unmut über Korruption und das Misstrauen der serbischen Bevölkerung gegenüber staatlichen Institutionen. Im Bild das Parlamentsgebäude in Belgrad.**



Foto: Wikimedia Commons / Lukkap

sache, dass 56% der Befragten die Demokratie in Serbien lediglich als Fassade betrachten, erscheinen die insgesamt niedrige Wahlbeteiligung und kürzliche Wahlniederlage der DS wie auch Tadic' weniger überraschend. Während die politische Elite durch deren Verstrickungen mit der wirtschaftlichen Elite mehrheitlich für besonders korrupt gehalten wird, besteht auch ein großes Einverständnis zum Zustand der Demokratie in Serbien: Eine klare Mehrheit (53%) bezeichnet das politische System in Serbien als „gemischte Demokratie“, in der institutionelle Rahmenbedingungen zwar existieren, jedoch keine konsolidierte Demokratie garantieren.

In diesem Zusammenhang ist die Bereitschaft, einer Partei beizutreten, als ein klientelistisches Phänomen zu verstehen. Die Parteienmitgliedschaft wird gemäß den Untersuchungsergebnissen weniger aus ideologischer Überzeugung, sondern vielmehr aus Kosten-Nutzen-Gründen eingegangen (um insbesondere an Arbeit oder eine Wohnung zu gelangen).

Dass nahezu alle politischen Parteien – zumindest offiziell – den EU-Beitritt Serbiens vorantreiben möchten, entspricht der Einstellung der Bevölkerungsmehrheit. Die EU wird durchaus positiv perzipiert. Die positive Haltung korreliert sogar mit individuellen Migrationserfahrungen, indem Remigranten der EU

am meisten vertrauen (43,8% verglichen mit 27,2% aller Befragten) und westliche Demokratien als gutes Vorbild für Serbien wahrnehmen (40,2% zu 28,2%). In den Fokusgruppen wurde unterdessen eine fehlende Fairness der EU (als Akteurin) gegenüber Serbien diskutiert, und zwar im Vergleich zur EU-Mitgliedschaft von Rumänien und Bulgarien.

#### Migration und politische Delegitimierung

Bezogen auf das Migrationspotenzial in Serbien lässt sich sagen, dass vor allem jüngere, gut ausgebildete Menschen bereit sind zu emigrieren. Die wichtigsten Gründe sind hier ökonomische, nämlich die Hoffnung auf eine anspruchsvollere und besser bezahlte Arbeit. Besonders jene Menschen, die bereits Erfahrungen mit Migration gemacht haben, sind bereit, noch einmal zu emigrieren. Die beliebtesten – zumindest potenziellen – Zielländer sind hier vor allem Deutschland, Österreich und skandinavische Länder.

Insgesamt zeigen die Forschungsergebnisse, dass die sozioökonomischen Rahmenbedingungen für demokratische Verhältnisse in Serbien unzureichend sind. Die Erwartung vieler, ab 2001 einen gerechten demokratischen Sozialstaat zu etablieren, wurde enttäuscht. Die prekären Lebensverhältnisse der Bevölkerungsmehrheit führen zu Misstrauen gegenüber der politischen Elite und einer damit einhergehenden Delegitimierung des politischen Systems selbst.

Ersichtlich wird an dem Forschungsprojekt, dass bei postautoritären Gesellschaften nicht automatisch von einer (demokratisch bestimmten) Transition ausgegangen werden kann. Stattdessen sollten neue demokratietheoretische Definitionen entwickelt werden, um die Situation unterschiedlicher Transformationsgesellschaften entsprechend (induktiv) zu erfassen. Darüber hinaus ebnet die hier operationalisierte systematische Verbindung von Demokratie, Sozioökonomie und Migration den Weg für zukünftige (auch komparative) Studien zur Demokratieforschung. <<

# Turning Europe Inside Out\*

**With the end of 2011, the European year of volunteering and thus of youth organizations has become history. Nevertheless, European youth organizations demand increasingly more power and rights from the prevalent European political stakeholders and have become an indispensable part of Europe's civic landscape. A glimpse on the importance of youth organizations such as the European Youth Parliament (EYP) for Europe.** Text Schima Labitsch

Ever since the 1968 student revolution in Paris, serving as a trigger for the debate on youth organizations and involvement, the Council of Europe as one of the first European supranational organizations was pushed into having regular debates on the youth within Europe. With the creation of the European Youth Foundation in 1972, an important framework was set up for the financing of youth projects. If not before, finally then European society slowly became aware that it can and will no longer exclusively be the Heads of States and the bureaucracy of both the EU and other supranational organizations and European governments shaping the European discourse. A hitherto underestimated sector is gradually becoming Europe's spearhead of civil engagement: European youth, foremost European youth organizations, NGOs, interstate networks and non-profit organizations have become a new "third sector" within the evolving European society.

## The European Youth Parliament (EYP)

While there are no concrete statistics as to the growth of youth organizations, it is safe to say that they are expanding exponentially both in scope and scale. In order to exemplify one of them, I want to turn to the one I have presided over: the European Youth Parliament which is one of the biggest European non-partisan and independent projects for intercultural encounters, political debate and educational formation. Present in 35 European countries with over 22,000 members, the European Youth Parliament (EYP in short) promotes independent thinking, communication and dialogue with European leaders and politicians and is concerned about the voice of the European youth. Founded in 1987 in Fontainebleau, France, with the simple aim of bringing young Europeans between 16 and 25 together to work on and discuss a united Europe, it has ever since pursued this objective via EYP Sessions, European Youth Polls as well as trainings and workshops on group development, teamwork and young journalistic writing. At EYP



Photo: European Youth Parliament

**The European Youth Parliament (EYP) is just one example of the strong civic engagement in Europe. In the picture, young delegates at the 11<sup>th</sup> National Conference of EYP Austria in 2011.**

Sessions for example, hundreds of young people meet to discuss current political, economic and societal issues in committees emulating those of the European Parliament and working on resolutions to present their own solutions to pressing problems. The resolutions produced at EYP Sessions are an important product of young and often innovative solutions to existing problems and are handed over to the European Commission at bigger sessions.

The European Youth Polls, on the other hand, aim to provide Europe's youth with a voice by initiating quarterly polls which gather the opinions of thousands of young Europeans on a diverse range of issues. Not only is it always a tangible product, be it a poll or a resolution that is produced within the discourse of young minds, but also potential decision makers of tomorrow. Young people within EYP naturally care a lot about Europe and political issues, but more often about the intercultural aspect that is inherent in many youth organizations in Europe.

It is clear that EYP is only one representative in the field of evolving and prosperous youth organizations. Be it AEGEE, AFA, AISEC, CISV, Debating Clubs, Model United Nation, United Games and many more, all of them are steadily challenging the status quo, pushing boundaries of thought and providing a platform for civic engagement. The actors that keep those organizations running are mostly students, vol-

unteers and young people who decide that the unpaid work they undergo is worth its effort.

## Opportunities for the new "third sector"

With the idea of a united Europe being challenged by prevalent economic difficulties and political turmoil, as well as an arguably troubled EU, distrust in the continent and the European project itself are often on the media agenda. It is there that a window of opportunity for the "third sector" of our society emerges, one which can be of great use to youth organizations, NGOs and the like. Being at the base of societies, it is them who can provide a solid foundation for a competent and passionate discourse on current European issues without the constraints of immense medial and political pressure. Being part of a youth organization is refreshingly easy, educative and most of all, challenging. A society of strong young non-governmental organizations and networks is an asset which neither the tertiary educational sector nor the working sphere can provide and definitely necessary for future years and problems to come. <<

*\* Session theme of the 64<sup>th</sup> International Session of the European Youth Parliament (EYP), Frankfurt 2010.*

# Neue Wege nach Zypern

**Die zyprische EU-Ratspräsidentschaft sorgte schon vorab für Spannungen mit der Türkei. Hat der Streit um Erdgasvorkommen gerade noch gefehlt? Nein, er könnte den Jahrzehnte andauernden Zypernkonflikt sogar lösen.**

Text Joachim Kurz

Zypern übernahm am 1. Juli als geteiltes Land den EU-Ratsvorsitz. Diese Situation ist jedoch gar nicht neu: Mit der Bundesrepublik Deutschland hatte zwischen 1958 und 1988 bereits neun Mal ein geteiltes Land den EU-Ratsvorsitz inne. Der Vergleich hinkt jedoch, denn de jure ist Zypern gar nicht geteilt und folglich trat 2004 die ganze Insel der Europäischen Union bei. Der türkische Teil im Norden wird von keinem Staat – außer von ihrer Besatzungsmacht Türkei – anerkannt und in etlichen Resolutionen fordert die Staatengemeinschaft ein Ende der Besetzung.

## Verlorene EU-Ambition der Türkei

Dementsprechend skurril erscheinen die Drohungen der Türkei, die diplomatischen Beziehungen zum Rat der EU während der Präsidentschaft Zyperns, dessen Existenz sie nicht anerkennt, einzufrieren. Zum einen ist dies eine interessante Umkehr in der Anerkennungsfage. Zum anderen ist es rätselhaft, wie der Aufnahmekandidat Türkei so der Union beizutreten gedenkt. Umgekehrt ist die Handelsblockade der EU gegenüber Nordzypern ebenso kurios, da dieser Teil doch offiziell der Union angehört.

**Mit der Übernahme der EU-Ratspräsidentschaft durch Zypern gelangt der Konflikt um den nördlichen Teil der Insel wieder in den europäischen Fokus. Welche Rolle dabei der Fund neuer Erdgasvorkommen zwischen Zypern und der Türkei spielen wird, ist noch offen.**

Die Zypernfrage ist folglich ein zentraler Punkt bei den Beitrittsverhandlungen. Die scharfe Rhetorik und die Drohungen der letzten Monate verwundern somit, könnten aber Ausdruck sinkender Beitrittsambitionen der Türkei sein. Immerhin stehen die Verhandlungen seit knapp zwei Jahren still, einige Länder sprechen sich offen gegen eine Mitgliedschaft aus und überdies ist die Union derzeit mit der Bewältigung der Eurokrise beschäftigt.

Dazu setzt die Türkei Vereinbarungen des Ankara-Protokolls nicht um, wonach sie alle ihre See- und Flughäfen für den Verkehr aus dem griechisch-zyprischen Teil öffnen müsste. Die Äußerung des türkischen Europaministers Egemen Bagis, wonach sein Land eine Annexion Nordzyperns überlege, wirft darüber hinaus eine zentrale Frage auf: Schwinden mit den Beitrittsambitionen auch die Chancen auf eine Lösung des Zypernkonflikts?

## Das große Scheitern

Die Aussichten sind nicht rosig. Kurz vor dem EU-Beitritt Zyperns 2004 scheiterte eine Wiedervereinigung am negativen Volksentscheid des griechischen Teils. Nach der Wahl von Dimitris Christofias 2008 zum Präsidenten

wurde ein neuer Anlauf im Friedensprozess unternommen. Sogar UN-Generalsekretär Ban Ki-moon höchstpersönlich lancierte die Initiative und leitete die Gesprächsrunden. Auf den großen Durchbruch wartet man bislang vergebens.

Zu all den bereits vorhandenen Streitpunkten kam jüngst noch ein weiterer hinzu: Erdgas. Die zyprische Regierung führte im vergangenen Jahr Probebohrungen durch. Prompt schickte auch die Türkei ein Forschungsschiff, um die Vorkommen zu erkunden und das Säbelrasseln begann erneut. Mit der Ratspräsidentschaft ist nun zwar die Zypernfrage wieder einmal ganz oben auf der europäischen Agenda gelandet. Doch warum sollte gerade in dieser Situation der Friedensprozess erfolgreich zum Abschluss gebracht werden?

## Alte europäische Rezeptur

Eine Lösung des Zypernkonfliktes ist natürlich auch im Interesse der Europäischen Union und ihrer Mitgliedstaaten. Für wichtige Zukunftsfragen stellt die Mittelmeerinsel einen Mikrokosmos dar. Eine EU-Integration Nordzyperns könnte nicht nur die türkisch-muslimische Verträglichkeit mit europäischen Werten klären, sondern auch ein Modell für andere Konflikte bieten.

Ironischerweise könnte genau in den Gasvorkommen der Schlüssel zum Erfolg liegen. Zwar entspannen Rohstoffunde nur selten schwelende Konflikte, die neofunktionalistische Schatzkiste hält aber ein bewährtes Mittel parat. Die Zusammenarbeit in einem kleinen überschaubaren, aber wichtigen Bereich könnte zum Vertrauensaufbau und zur Kooperation in anderen Bereichen führen. Wie also die Vergemeinschaftung der Kohle- und Stahlindustrie am Anfang der erfolgreichen europäischen Einigung stand, könnte auch die gemeinsame Förderung des Erdgases gar in eine Wiedervereinigung Zyperns münden. <<



Foto: Flickr / JorgBRAZIL

# Extracurriculare „Bootcamps“ für Juristen

**Im Rahmen sogenannter Moot Courts wetteifern angehende Juristinnen und Juristen in fiktiven Gerichtsverhandlungen um die besten Argumente und trainieren dabei wertvolle Fähigkeiten für die spätere Berufslaufbahn. Studierende der Universität Wien konnten in den letzten Jahren beachtliche Erfolge bei diesen Wettbewerben verbuchen.**

Text Markus Peter Beham

Wer das Glück hat, Juristen zu seinen Freunden zu zählen und noch dazu auch solche, die letztlich ihr Studium abschließen, wird bei der einen oder anderen Gelegenheit bei der sperrigen Frage nach den Seminararbeitsthemen die folgende Antwort gehört haben: „Ich habe anstelle der Diplomarbeit bei einem Moot Court mitgemacht.“ Wer „Nicht-Jurist“ ist, wird sich dabei entweder darüber ärgern, wie viele Juristen glauben, sie hätten durch das Verfassen von zwei 20-seitigen Seminararbeiten eine Diplomarbeit hinter sich gebracht oder vielleicht auch fragen: „Was ist denn bitte ein Moot Court?“

## Wertvolles, extracurriculares Engagement

Wörtlich übersetzt bedeutet es so viel wie „fiktives Gericht“, wobei man umgangssprachlich oft auch nur von „moots“ oder „mooting“ spricht. Es handelt sich dabei um extracurriculare, regelmäßig sehr zeitintensive und zumeist überaus kompetitive Wettbewerbe für Studierende der Rechts- und Politikwissenschaften oder der Internationalen Beziehungen. Dabei findet sich ein üblicherweise mindestens dreiköpfiges Team zusammen, das grundsätzlich zunächst einen Schriftsatz (d.h. die fiktive Klagschrift bzw. die Klagschwurung mit wissenschaftlichen Kriterien) verfassen muss und

**Studierende bringen im Rahmen eines Moot Court ihre Argumente auf Kläger- bzw. Beklagten-seite vor und werden dabei von Professoren, Richtern und Rechtsanwälten bewertet.**

dann die darin vorgebrachten Argumente für die mündliche „Verhandlung“ vorbereitet. Anschließend tritt man entweder in nationalen Vorrunden oder – sofern nur eine Universität im Land am jeweiligen Moot Court teilnimmt – direkt im Semifinale vor einer Gruppe von „Richtern“, meist bestehend aus Professoren und tatsächlichen Richtern und Rechtsanwälten, gegen andere Teams an. Das Team mit der besten Bewertung auf Klägerseite tritt im Finale gegen das beste Team auf der Beklagten-seite an. Dieses Prozedere kann sich entweder über ein oder auch zwei volle Semester erstrecken, Prüfungen und Privatleben bleiben dabei meist auf der Strecke. Doch das Engagement lohnt sich durchaus, denn zukünftige Arbeitgeber wissen sehr wohl, was ein Moot Court ist. Neben profunden Englischkenntnissen, juristischem Fachwissen und der Fähigkeit, einen ordentlichen Schriftsatz zu verfassen, werden eine Reihe von „soft skills“ abgedeckt: Zielstrebigkeit, Teamfähigkeit, Rhetorik, hohe Belastbarkeit und Ausdauer.

## Große Vielfalt an Rechtsgebieten

Moot Courts gibt es wohl so viele wie Finanzprobleme in Europa, wobei thematisch nichts undenkbar bleibt: Von nationalem über internationales Recht, von Teilbereichen wie

humanitärem oder europäischem Recht bis hin zu Weltraum- oder Seerecht sind die Glasperlenspiele eröffnet. Besonders skurril mutet etwa der International Roman Law Moot Court an, wo Fälle nach justinianischem Recht beurteilt werden müssen. Frei nach dem Motto: Es gibt eben nichts, womit man nicht seine Freizeit füllen möchte. Und Harry Potter kann man schließlich auch auf Latein lesen. In Wien finden alljährlich die Finalrunden des Willem C. Vis International Commercial Arbitration Moots statt.

Besonders interessant für jene, die in ihren Motivationsschreiben regelmäßig anführen, dass sie gerne „etwas im internationalen Bereich“ machen wollen, ist dabei der Telders International Law Moot Court in Den Haag. Die Abteilung für Völkerrecht und Internationale Beziehungen der Universität Wien nimmt seit über zwei Jahrzehnten an Moot Courts zum allgemeinen Völkerrecht teil und landet dabei regelmäßig auf dem Siegerpodest.

Um ins Team zu gelangen, müssen sich die Studierenden dabei sowohl einem schriftlichen als auch einem mündlichen Aufnahmeverfahren in Form eines „Mini Moot Courts“ stellen. Der Vorteil: Nicht der Lebenslauf und die Anzahl der absolvierten Ein-Monats-Praktika oder das Zeugnis bestechen, sondern die Leistung vor Ort – die Chance, eine/r von vier Teilnehmern zu werden, steht damit jeder und jedem offen. Das diesjährige Team, bestehend aus Viviane Arnolds, Martina Gross, Michaela Hinterholzer und Dominik Malicki, belegte in Den Haag den 3. Platz bei mehr als dreißig Teams aus ganz Europa. Das Jahr zuvor gewann die Universität Wien für den besten Schriftsatz sowohl auf Kläger- als auch auf Beklagten-seite.

Und selbst wenn es in den nächsten Jahren einmal nicht für eine solche Platzierung reichen sollte, kann man neben langjährigen Freundschaften im Team und einem internationalen Netzwerk aus Kolleginnen und Kollegen auch sein ganz persönliches „Moot Court-Trauma“ mit nach Hause nehmen. Auch dahingehend kann ein Moot Court eine Schule fürs spätere Berufsleben sein. <<



Foto: Markus Peter Beham





# Gleichberechtigung – auf ganzer Linie!

Kolumne Katharina L. Poeter

Als zukünftige Universitätsabsolventin informiere ich mich regelmäßig über das derzeitige Jobangebot auf dem nationalen und internationalen Arbeitsmarkt; schaue mir Stellenanzeigen an, google Firmen und studiere ihre Websites; immer auf der Suche nach einem guten potenziellen Arbeitgeber. Früh zu sondieren, welche Möglichkeiten man mit seinem Universitätsabschluss hat und welche Türen mit dem Bachelor- oder Masterabschluss in der Berufswelt offen stehen, ist unter den Studierenden weit verbreitet. Es ist beruhigend zu wissen, wohin die berufliche Reise einmal gehen könnte. Und so höre ich mich bei Bekannten, Freundinnen und Freunden um und erkundige mich, welche der vielschichtigen Karrierewege, zwischen denen wir zu unserem großen Glück aber auch Leid wählen können, sie eingeschlagen haben.

Um mit Unternehmen in Kontakt zu treten, gibt es zahlreiche Möglichkeiten. Berufs- und Universitätsmessen oder eigene In-house-Veranstaltungen der Firmen sind übliche Wege, das jeweilige Unternehmen kennenzulernen. Die Firmen wissen mit Marketing umzugehen. Mit attraktiven Angeboten, wie Abendessen und aufwendigen Ausflügen, werben sie zukünftige Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an. Dabei ist mir ein Phänomen aufgefallen, welches ich mit Argwohn betrachte: Recruitingveranstaltungen explizit nur für Studentinnen. So lud vor einiger Zeit eine der bekanntesten Consulting-Firmen mit hervorragendem Ruf und Wunscharbeitgeber vieler Studierender zu einer Firmenpräsentation nach Paris ein. „Women Weekend“ nannten sie dies und sprachen in ihrer Anzeige die weiblichen Führungskräfte und kreativen Köpfe von Morgen an. Das mag der großen Diskussion der letzten Jahre um mehr Frauen in Führungspositionen und der Thematik rund um die Frauenquote entsprungen sein. Unternehmen sehen sich nun verpflichtet, explizit auf Studentinnen zuzugehen. Sie scheuen weder Kosten noch Mühen, um Frauen anzusprechen. Flug, Übernachtung im 5-Sterne-Hotel – alles inklusive. Aber natürlich nur für diejenigen Damen, die es erfolgreich durch den harten Bewerbungsprozess geschafft haben.

Doch was steckt dahinter und verhält es sich nicht gar konträr zum heutigen Feminismus? Durch spezielle Frauenförderprogramme kann sich das Unternehmen besonders vorbildlich in der Öffentlichkeit platzieren und bei zukünftigen Diskussionen seine Gegenspieler bequem auf seine „femininen“ Recruitingveranstaltungen verweisen. Vor politischen Angriffen, wie zum Beispiel der Forderung nach einer Frauenquote, sind sie so zumindest teilweise gefeit. Dies soll nicht heißen, dass ich Befürworterin der Frauenquote bin – die Kriterien, nach denen ein Unternehmen sein Personal einstellen sollte, dürfen nicht vom Geschlecht abhängig gemacht werden, sondern müssen allein auf den Qualifikationen der Bewerberin bzw. des Bewerbers basieren.

Als Frau sehe ich diese „Women Weekends“ daher sehr kritisch und vielmehr als einen Angriff gegen die heutige Frau, aber auch den Mann. Selbstbewusste, starke Frauen brauchen keine „Extra-Ansprache“, denn diese manifestiert ein verfremdetes Bild von einer unsicheren Frau, welches nicht zeitgemäß ist. Wird durch diese Art von Veranstaltungen, bei denen zugleich Männer diskriminiert werden, nicht vielmehr ein Frauenbild reproduziert, welches längst veraltet ist? Davon bin ich überzeugt und sah mich daher auch verpflichtet, dem Consulting-Unternehmen eine kurze, aber prägnante Kritik zukommen zu lassen, auf deren Beantwortung ich bis heute warte. Studentinnen und Studenten, Frauen wie auch Männer, erkenne ich als selbstbewusst und selbstbestimmt an und dies sollten die Firmen auch tun. Wenn ich mich für eine Firma interessiere, werde ich mich bemühen, dort eine Stelle zu bekommen; spezielle Programme, um Studentinnen anzuwerben, empfinde ich daher als Beleidigung, da es Frauen eine Unfähigkeit unterstellt und darüber hinaus eine Ungleichheit von Mann und Frau hervorruft, die wir schon überwunden hatten.

Explizite Recruitingwochenenden für zukünftiges männliches Personal konnte ich bis jetzt bei den zahlreichen Firmenportraits noch nicht entdecken. Gleichberechtigung ist gefordert, doch dann auch auf ganzer Linie, bitte.



Foto: Flicke / mirindly

# "Schrebergärten 2.0" in Urban Management

**"Back to the roots" – this seems to be a consequence of human behaviour facing the current developments in world politics, economy and society. Tired of the omnipresent crisis in financial markets and governmental action, environmental disasters, corruption and so forth, a trend that seems like a step back in time at first glance sets in among the young and educated. Non-profit organizations (NPOs) offer workshops on how to build solar stoves, people meet to barter their belongings for other goods or services and in cities, gardening experiences a renaissance.**

**Text** Stefan Karkulik

To degrade this development as short-lived trends propelled by bored students of western countries not working on solutions to society's problems might be a big mistake. Unexpected advantages are lying behind all these old-fashioned activities that might not be seen at first. The "Schrebergarten", as it is called tenderly but also a bit pejoratively by Austrians, is rising like the phoenix from the ashes. It serves as an example of the "back to the roots" developments since it is reincarnated as the urban gardening movement worldwide, as people begin to realise all the advantages hidden in this activity. Contrary to the "Schrebergarten", the benefits of urban gardening are starting to be explored and accepted by city planners and municipal politics. The following article tries to give a short overview of these benefits stemming from investing in gardens in an urban environment on the basis of some noteworthy projects.

## Autarky

Starting from trading with resources, speculation has already reached the food markets. In the meantime, the pursuit of profits shows a more decisive influence on prices of wheat, rice and corn than droughts, plagues of insects or natural disasters. It might be illusory to believe that cities will ever be able to achieve food sovereignty by growing food between street canyons, on rooftops or on window-sills. Still, examples of African cities give evidence that it is possible to provide an important percentage of a city's food by urban farming and gardening. In Tanzania's Dar es Salaam (estimated population: three million people), for instance, 60 per cent of all the milk sold is produced within the city's borders.

After being hit by the crisis in the car manufacturing industry and its accompanying problems, a large number of private and small-scale vegetable plots were springing up like mushrooms on abandoned city land in the city of Detroit (US). Moreover, the financial investor

and millionaire John Hantz plans to grow food on 70 acres of Detroit's lower east-side. There might also be a reason why cities like Los Angeles, Chicago, Seattle (US), Vancouver and parts of Montreal (CAN) allow their inhabitants to keep chicken in their backyards.

## Health and education

Another argument in support of urban gardening projects lies in the topics of health and education. Since surveys show that especially poor neighbourhoods in megacities – due to lower income and insufficient understanding of healthy nutrition – lack supermarkets, groceries or markets that offer fresh and healthy food like vegetables and fruits, urban gardens might not only play an important role in supplying those goods but above all in awareness-raising for a healthy diet.

Facing exceptional problems like children who grew up in an urban environment and

**Urban gardening can offer a variety of advantages to people living in cities. In the picture, gardens on rooftops in Montreal (CAN).**



Photo: Santropol Roulant

are not able to find the connection between ketchup and fresh tomatoes, urban gardening might also easily fill this gap in the urban educational system. The above-mentioned chicken coop shows exemplarily how the link between urban gardening and education can be made: A community organization called "La maisonnette des parents" in Montreal offers day-camps teaching kids and adults how to handle and profit from the animals. For this reason, they keep five hens in their headquarters' garden. Similar actions are taken by the 2011/2012 founded "Cityfarm Schönbrunn" in the heart of Vienna and the Montreal residing UQAM-University which offer workshops on different agricultural topics for children as well as for adults. To trace the decline of honeybees all over the world the latter even installed beehives on top of its faculty. Another Canadian example that shows the link between urban gardeners and their impact on education and science is a major urban-gardening movement at nearby's McGill University. Rooted within the University's faculty of architecture and conducted by its students, vegetables are not just grown on paved and unused places at the university's campus but are also a topic of research by the institution's scientists and students. The positive health effects of green areas as a whole and the possibility to use those ramifications in recreation and therapy gardens should also be mentioned.

## Social affairs and community work

Since modern urban farmers try to ensure that their projects are sustainable in every way, an interesting social aspect in the above-mentioned project at McGill University can be found. Through a cooperation with the NPO "Santropol Roulant" volunteers harvest the cherished vegetables, prepare healthy meals in a community kitchen and deliver them afterwards mostly by bike, on foot or by public transport to clients with limited mobility like retired or disabled persons. Considering that

most of the work is done voluntarily, the service can be offered at a reasonable price. In addition, community gardens in general contribute to the social well-being of a city community by offering a communication platform to its inhabitants – a more and more missing social necessity in impersonal and anonymous urban jungles. It is conceivable that this fact might have led to the establishment of several so-called "integration gardens" in Austria and Germany. Last but not least, scientific literature mentions that cooperation with employment agencies could help create opportunities for long-term unemployed to re-enter employment step by step.

#### City planning, security and business

Regarding the impact of urban gardening on a city's development as well as its business, one must say that it is undisputed that a nicer, cleaner and in this case greener urban environment leads to a lower crime rate, thus obtaining financial benefits not just for public funds, but for private property owners as well. This argument rests upon observations made in the seventies in New York City (US). As abandoned land in poor neighbourhoods was used by citizens to create green islands between the dark street canyons, the attractiveness of the quarters increased. Hence, the value of real estate rose, vacant shops and buildings found new tenants, all of this without any investment to be made by its owners. As a consequence of the gained experience, cities such as Vienna tolerate the so-called "Guerilla Gardening" or even support similar projects by schools or neighbourhood communities, and so does the New York City Department of Parks and Recreation.

Furthermore, urban gardening on a larger scale, then called urban farming, opens new fields for business. Since young city residents tend to consume more and more fresh, healthy and locally produced food, farmers who cultivate close to bigger cities started to sell their



Photo: Wikimedia Commons / Linda N., Chicago

**Urban gardening projects in cities such as Chicago (USA) can have positive effects on air quality and can foster the sense of community among inhabitants of a given city.**

products directly and without a cut-price intermediary to the end consumer. These so-called fruit or vegetable basket services exist in many big cities nowadays. In addition, urban gardening opens the possibility for farmers to outsource the risk of bringing in bad harvests by renting parts of their fields to city inhabitants. The latter are happy to grow their own food while the former gain a stable income detached from the profits derived from the yearly crop yield – a win-win situation. Some urban gardening NPOs also finance their activities by selling self-invented equipment like rooftop gardening containers or simply seeds to amateur gardeners.

#### Environment, politics and participation

Experts see urban gardening as a substantial contribution to a city's air quality as well as a possibility to mitigate the so-called heat-island effect that occurs in dense obstructed cities. Finally, since urban gardening projects are mostly organized as clubs or neighbourhood communities, some stakeholders even regard it as a way of fostering the sense of community and, to a larger extent, of improving the democratic

values of participants. All in all, it seems that the formerly called "Schrebergarten" contains more than meets the eye and shows that even a path "back to the roots" could lead into the future of urban management. <<

# Die Donauländer einst und jetzt

**So verbunden wie getrennt? Von einem blauen Grenzstrom, der die europäischen Völker vereint. Der slowakische Schriftsteller Michal Hvorecky im Gespräch mit Redakteurin Emina Adamovic über seinen neuen Roman „Tod auf der Donau“.** Interview Emina Adamovic

**GLOBAL VIEW:** Ihr neuer Roman „Tod auf der Donau“ handelt von einer Kreuzfahrt amerikanischer Touristen auf der Donau. Etwa 100 Senioren und eine 40-köpfige Besatzung sind an Bord. Es wirft einen kritischen Blick auf den Massentourismus und ist zugleich eine Hommage an die Donau, die so viel über die europäische Geschichte verrät. Warum scheint es, als würde „das Schiff voller Wahnsinniger ins Unbekannte fahren“? Können Sie dieses Zitat aus dem Buch kurz erklären?

**Michal Hvorecky:** Die Narrenschiffe gab es tatsächlich im Mittelalter. Es wurden Narren auf der Donau hingeschleppt von Stadt zu Stadt, eine Art Versuch, die Anderen, die „Nicht-Normalen“, wegzuschicken. Ich habe viel daran gedacht, als ich selbst am Schiff war und das Ganze beobachtet habe, diesen Wahnsinn der Unterhaltung. Ich habe mich auch wie auf einem Narrenschiff gefühlt und habe versucht, dies mit viel Ironie und Humor, aber auch mit einer gewissen Seriosität darzustellen. Es stimmt allerdings, dass dieser Roman auch eine Liebeserklärung an die Donau ist. Ich kenne die Donau seit meiner Kindheit in Bratislava, aber erst am Schiff habe ich verstanden, wie anders es ist, über die Donau zu lesen, sie zu beobachten und tatsächlich an Bord zu sein und dort arbeiten zu müssen.

**„Auf der Donau vermischen sich viele Geschichten und Nationen“, meint Michal Hvorecky in Bezug auf die wechselvolle Geschichte der an der Donau gelegenen Länder und Städte.**

**GV:** Sie haben auf einem ähnlichen Kreuzfahrtschiff auf der Donau gearbeitet?

**MH:** Ich war zwei Saisons auf solch einem Schiff. Das war eine harte Arbeit. Es war eine ziemlich starke Erfahrung. Und dies ist auch Thema des Buches. Es war wie Kapitalismus im 19. Jahrhundert. Es war tatsächlich Ausbeutung der Mitarbeiter. Viele meiner Kollegen waren vorrangig gut ausgebildete junge Ost-Europäer, die in ihren akademischen Berufen in den Heimatländern sehr wenig verdient haben. Sie haben lieber an Bord gearbeitet, um Geld zu verdienen.

**GV:** Das Jahr 1989, der Zerfall der Sowjetunion und damit das Ende des Ost-West-Konfliktes ist zweifelsohne ein wichtiger Moment in der Geschichte Europas. Die Folgen dieses Ereignisses spüren wir heute noch. Dies ist nicht ohne Grund auch Thema in Ihrem Roman, denn die Donauländer sind am drastischsten davon betroffen. Was hat sich für Sie seit damals verändert? Und wie haben Sie persönlich diesen Moment erlebt?

**MH:** 1989 ist ein Wendepunkt in meinem Leben und in meiner Identität. Ich bin in der realsozialistischen Tschechoslowakei aufgewachsen. Das Leben damals in Bratislava war

wirklich ein Leben direkt am Stacheldraht. Das war ein Leben, wo die Donau der Grenzfluss zu einer anderen Welt war. Für meine Generation war 1989 ein Bruch mit allem, was wir kannten. Ein Neustart. Noch zugespitzt war die Situation für die Slowakei, die vier Jahre später unabhängig wurde. Das war das jüngste Land in Europa, arm und einem Staatsbankrott nahe, wie heute Griechenland. Das ist inzwischen zwanzig Jahre her. Und die Geschichte der Slowakei, kann man sagen, ist eine Erfolgsgeschichte. Das Land hat etwas erreicht. Für mich und meine Generation war dieser Systemwechsel sehr einschneidend. Es hat mich sehr stark geprägt in dem, was ich tue. Einerseits freue ich mich, dass wir dies erreicht haben, dass wir den Euro haben und in der EU sind; ich habe das alles stark unterstützt. Andererseits bin ich auch sehr kritisch gegenüber den vielen Dingen, die ich in meinem Land sehe und darüber schreibe ich auch. Meine Romanhelden haben eine ähnliche Geschichte. Sie sind mit einem ähnlichen Hintergrund aufgewachsen und befinden sich auf der Suche nach dem Authentischen.

**GV:** In Ihrem letzten Roman „Eskorta“ thematisieren Sie den Ausbruch eines „Turbokapitalismus“ in Osteuropa. „Der Osten ist der neue Westen“. Was genau ist damit gemeint?

**MH:** Ich glaube, dass mit dem Wandel nach 1989 auch eine unglaubliche Oberflächlichkeit in der Gesellschaft einherging. Eine gewisse Ignoranz, eine Arroganz sogar. Die Wirtschaft boomt, nur sind ganze Regionen und viele andere Bereiche, wie der Kulturbetrieb, sich selbst überlassen und vergessen. Und damit bin ich nicht zufrieden. Und es gibt vieles, womit ich nicht zufrieden bin und ich sehe es als meine Verpflichtung, darüber zu schreiben. Was wir nicht geschafft haben ist es, eine kritische, eine offene Gesellschaft aufzubauen. Es ist vieles in den Köpfen der Menschen noch wie in den alten kommunistischen Zeiten geblieben. Es hat sich jedoch trotz eines Generationswechsels in der Slowakei in der politischen Landschaft nicht viel verändert. Wir haben derzeit einen ex-kommunistischen Präsidenten, Parlamentschef und einen Pre-



Foto: Flickr / Rudolf Geisel

mierminister. Man kann sagen, dass die Kommunisten noch immer an der Macht sind, und zwar demokratisch legitimiert. Sie haben von der Wende profitiert und haben heute eine starke wirtschaftliche Macht. Das Eigentum hat sich in den Händen von sehr vielen Superreichen konzentriert. Das ist etwas, was uns alle sehr beschäftigt. Trotz aller Kritik muss ich sagen, dass die Zeit, in der ich lebe, sehr inspirierend ist. Es gibt genug Stoff, worüber man schreiben kann.

**GV:** Sie ziehen in Ihrem neuen Roman ein paar interessante Parallelen zwischen Gegenwart und Geschichte, etwa, wenn die Protagonisten mit der Vergangenheit konfrontiert werden. Wie zum Beispiel, als die Touristen die zerstörten Brücken und Gebäude in Novi Sad und Belgrad als Folge der dreimonatigen Bombardements in Jugoslawien von 1999 sehen. Sie waren sehr verschreckt und wollten sich damit nicht auseinandersetzen. Warum, glauben Sie, ist das so?

**MH:** So war das tatsächlich in der Wirklichkeit. Die Politik war an Bord tabu. An Orten wie in Ex-Jugoslawien war es aber unmöglich, unpolitisch zu sein. Der Krieg war immer noch so allgegenwärtig, dass man in Novi Sad und Belgrad irgendeine Stellung beziehen musste und das hat ja die amerikanischen Touristen tatsächlich auch interessiert, nur merkte man, dass sie genug vom Krieg hatten. Für sie war es tatsächlich traumatisch zu sehen, dass auch hier noch, so weit von ihrer Heimat entfernt, ihr Einfluss extrem stark war und die ganzen Landschaften verändert hat. Die Klientel an Bord war zwar sehr anspruchsvoll, aber letztendlich war die Reise auf der Donau für sie nur eine Bestätigung à la „Wir sind die Besseren. Wir haben doch die bessere Welt. Uns geht's besser. Wir sind reicher.“ Sie hatten zwar Verständnis für die osteuropäische Armut, denn sie waren der Meinung, dass es daran lag, dass diese Staaten in der Vergangenheit kommunistisch waren und dies war im Vergleich zu den USA eine schlechtere Welt. In Jugoslawien aber, als sie die Folgen der Bombardements sahen, war das ein Bruch in dieser Vorstellung



Foto: Michal Hvorecky

**Der slowakische Schriftsteller Michal Hvorecky webt in seine Romane auch gesellschaftskritische Elemente ein.**

und in der Wahrnehmung der eigenen Realität. Da war die Geschichte auf einmal sehr spürbar. Sie hatten das Gefühl, wieder etwas falsch gemacht zu haben. Deswegen muss man darüber reden. In Serbien merkte man, dass sie eine gewisse Verantwortung mit sich tragen, wenn auch nur symbolisch. Trotzdem wollten sie sich damit nicht auseinandersetzen, weil sie hier waren, um ihren Spaß zu haben.

**GV:** Im Zweiten Weltkrieg fuhren jüdische Gefangene und Flüchtlinge auf dem Schiff die Donau entlang ins Ungewisse. Einige Tausend hielten sich beispielsweise monatelang in der Kleinstadt Kladovo an der Donau auf. Heute sind es wohlhabende Amerikaner. Das ist ein starker Kontrast. Gibt es Parallelen? Und wenn ja, welche?

**MH:** Wenn wir uns die europäische Geschichte anschauen, war die Donau immer eine Art Fluchtweg, eine der letzten Möglichkeiten zu fliehen. Die meisten Kriege wurden auf der Donau geführt. Der Barock kam beispielsweise nach Südosteuropa über die Donau. Ich

als Bratislaver merke auch die Ähnlichkeiten zwischen den Städten, die an der Donau liegen, architektonisch wie kulturgeschichtlich. Zwischen Passau, Bratislava, Linz, Wien, Budapest, Novi Sad und Belgrad. Die Donau-Städte haben definitiv etwas Gemeinsames. Und den Großteil unserer Geschichte haben wir zusammen erlebt, auch in einer Donaumonarchie. Nicht nur zufällig heißt sie so. Es gibt unzählige Nationen, Ethnien und Gruppen, die über die Donau fliehen mussten. Auch die Türken sind über die Donau nach Europa gekommen. Auf der Donau vermischen sich viele Geschichten und Nationen.

**GV:** Ist das Sinken der „MS America“ in Ihrem Buch eine Metapher für den Untergang der amerikanischen Kultur? Speziell, als man grotesk die amerikanische Flagge am Ort der Katastrophe hisst?

**MH:** Das fragen mich viele, ob ich das symbolisch als Untergang meine. Nicht wirklich. Man spricht viel über eine Krise der westlichen Werte. Dass die alten Regeln tatsächlich in vielen Bereichen, wie in der Wirtschaft und in der Kultur, nicht mehr gelten, ist eine Situation, an die wir nicht so gewöhnt sind. Alles ist auf den Kopf gestellt. Das ist eine existenzielle Situation, mit der wir uns auseinandersetzen sollten. Bleibt die EU so wie sie ist oder nicht? Welche Rolle spielt Amerika? Man kann Amerika nicht pauschalisieren. Meine Aufforderung ist: Wir sollten uns alle ein bisschen besser kennenlernen. Wir müssen lernen, die anderen zu tolerieren. Nur so kann unsere Gesellschaft als Ganzes weiter funktionieren. Wenn wir nicht fähig sind zu tolerieren und uns zu verstehen, dann können wir es doch vergessen und so nur noch den Untergang beobachten. Wir müssen daher versuchen, das Beste aus allen „Welten“ zu suchen und einen gemeinsamen Weg zu finden.

**GV:** Herzlichen Dank für das Gespräch und alles Gute! <<

# Die VIMUN 2012 – Sicher keine Weinmesse

**Alljährlich im August findet die VIMUN statt. Dabei treffen sich allerdings nicht – wie man bei falscher Lesart auf den ersten Blick irrtümlich meinen könnte – die österreichischen Winzer, sondern rund 250 Studierende und Jungakademiker in der Wiener UNO-City.** Text AFA

**W**as ist also diese VIMUN? Die Vienna International Model United Nations ist weder Weinmesse noch – wie auch oft falsch verstanden – ein Schönheitswettbewerb. Model United Nations sind Konferenzen, im Rahmen derer die Arbeit der Vereinten Nationen in einem Modell simuliert wird. Die Teilnehmer haben dabei die Aufgabe, ein Land auszuwählen und die Position bzw. die Interessen dieses Landes zu einem vorab gestellten Thema in der Konferenz zu vertreten, wobei das eigene Herkunftsland nicht ausgewählt werden darf. Es geht also darum, sich in die Rolle anderer hineinzusetzen und dadurch zu verstehen, warum die Welt von heute so ist, wie sie ist, wie die UNO funktioniert oder auch zu erkennen, warum sie oft nicht so funktioniert, wie es der eigenen Idealvorstellung entspricht.

## Botschafter für fünf Tage?

In der alltäglichen politischen Diskussion ist es oft einfach, am „Stammtisch“ die Probleme mit seiner eigenen Meinung über die Welt zu lösen. Ist man aber eines Tages – oder wie bei der VIMUN fünf Tage lang – mit der Aufgabe konfrontiert, Vertreter der USA, Griechenlands oder eines anderen UNO-Mitgliedstaates zu

sein, wird die Sache etwas anders. Nimmt man die Aufgabe ernst, d.h. vertritt man die Interessen „seines“ Staates bzw. die Wünsche „seiner“ Bevölkerung (von der man zumindest in einem demokratischen System von Wahlen abhängig ist), wird man schnell erkennen, warum die USA die Todesstrafe nicht abschaffen wollen oder weshalb Griechenland nicht so ohne Weiteres radikale Sparmaßnahmen einführen konnte.

## Vierzig Nationen in Wien

Die VIMUN ist nicht nur die Hauptveranstaltung des Akademischen Forums für Außenpolitik - Hochschulliga für die Vereinten Nationen (AFA), sondern mit Sicherheit die bedeutendste UNO-Jugendkonferenz in Wien. Dementsprechend dauern die Vorbereitungen nahezu ein ganzes Jahr. Eingeführt wurde die VIMUN vom AFA im Jahr 1995 anlässlich des 50-jährigen Bestehens der Vereinten Nationen, damals als Teil der offiziellen Feierlichkeiten der Österreichischen Bundesregierung im Jubiläumsjahr. Aufgrund des Erfolges wurde sie zu einem jährlichen Event, das mittlerweile rund 250 Studierende und Jungakademiker aus etwa vierzig Nationen nach Wien lockt, um gemeinsame Resolutionen zu erarbeiten.

## Kultureller Austausch

Sieben Committees mit ebenso vielen verschiedenen Themen stehen dabei zur Auswahl. Neben zwei Sitzungen des Sicherheitsrates werden der Human Rights Council, das UNODC (UN Office on Drugs and Crime), die UNIDO (UN Industrial Development Organization), die IAEA (International Atomic Energy Agency) und die WHO (World Health Organization) simuliert. Die Vorsitzenden der Committees sind wie die übrigen Teilnehmer ebenfalls Studierende bzw. Jungakademiker, die sich entsprechend vorbereitet und die „Rules of Procedure“ – ein der Geschäftsordnung der UNO nachempfundenes Regelwerk – studiert haben.

Neben den Verhandlungen, die man nicht in seinem eigenen Namen führt, sondern eben als Repräsentant eines anderen Staates, bleibt natürlich genügend Freiraum für den kulturellen Austausch untereinander. Verlässt man am späten Nachmittag das „Internationale Territorium“ der Wiener UNO-City, wird man wieder zu sich selbst und bekommt eine Fülle an Abendaktivitäten geboten. Beim Willkommens-Heurigen, dem Empfang der Stadt Wien im Rathaus, einer „Intercultural Night“ oder dem traditionellen Abschlussclubbing wurden schon oft weltweite Freundschaften geknüpft und so manche kulturellen Klischees überwunden.

„Die VIMUN ist einerseits unser Beitrag zum Dialog der Kulturen auf der Jugendebene und andererseits zur Betonung Wiens als Sitz Internationaler Organisationen und Austragungstätte internationaler Konferenzen“, so AFA-Präsident Michael F. Pfeifer und VIMUN 2012 - Organisator Stefan Weinhofer. <<

**Die Vienna International Model United Nations (VIMUN) bringt jährlich rund 250 engagierte Studierende und Jungakademiker nach Wien. Neben der Simulationskonferenz steht dabei auch ein Empfang auf Einladung der Stadt Wien im Rathaus auf dem Programm.**



Foto: AFA

# Erfahrung trifft auf Neugier

*"The future is not a gift, it is an achievement. Every generation helps to make its own future. This is the essential challenge of the present."* Robert F. Kennedy

Text AFA

**E**in Blick auf die Schlagzeilen der Printmedien vermittelt schnell den Eindruck, dass die von Robert Kennedy angesprochene „Herausforderung der Gegenwart“, nämlich die Zukunft zu gestalten, schwieriger als je zuvor erscheint. Dreißig ausgewählte Studierende hatten beim zweiten Jahrgang des Global Advancement Programme (GAP) des Akademischen Forums für Außenpolitik (AFA) Wien ein Jahr lang die Möglichkeit zum Gedankenaustausch mit namhaften Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft, Diplomatie, Wissenschaft und Medien. Dabei kam deutlich zum Ausdruck, dass unsere junge Generation vor immensen Herausforderungen steht.

Umso wichtiger scheint es nun zu sein, mit Menschen in Kontakt zu treten, die im institutionellen Gefüge – auch bekannt als „Establishment“ – eine nicht unwesentliche Rolle spielen. Entscheidungen werden dadurch greifbarer, wenn man die zugrundeliegenden Motive und Überzeugungen kennt.

## Einzigartiges Programm

Nach einer zweimonatigen Bewerbungsfrist im Sommer 2011 wurden aus über 120 Bewerbungen dreißig Studierende ausgewählt. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer – zwischen 18 und 30 Jahre alt – kommen aus den unterschiedlichsten Studienrichtungen wie Internationale Entwicklung, Publizistik, Wirtschafts-, Rechts- und Politikwissenschaften sowie naturwissenschaftliche und technische Fächer. Am 1. Oktober 2011 wurde das zweite GAP-

Jahr feierlich durch Dr. Gregor Woschnagg, Vizepräsident der Österreichischen Gesellschaft für Außenpolitik und die Vereinten Nationen (ÖGAVN) und ehemaliger Ständiger Vertreter Österreichs bei der EU sowie GAP-Generalsekretär Christian Mayrhofer und Univ.-Doz. Dr. Paul Luif von der Universität Wien eröffnet. Die erste inhaltliche Einheit fand am 3. Oktober 2011 mit Dr. Erhard Busek, Vizekanzler a.D. und Ehrenpräsident des Europäischen Forums Alpbach, statt. Noch im ersten Monat ergänzten Dr. Franz Fischler, ehemaliges Mitglied der Europäischen Kommission und Dr. Ewald Nowotny, Gouverneur der Oesterreichischen Nationalbank, das Programm.

Weitere Highlights waren Vortragende wie Dr. Wolfgang Schüssel, Dr. Alfred Gusenbauer, Univ.-Prof. Dr. Manfred Nowak, „Der Standard“-Chefredakteurin Dr. Alexandra Förderl-Schmid, ORF-Journalistin Ingrid Thurnher und Oscar-Preisträger Mag. Stefan Ruzowitzky. Abgehalten werden die GAP-Einheiten in der Wiener Hofburg/Stallburg in den Clubräumlichkeiten der Österreichischen Gesellschaft für Außenpolitik und die Vereinten Nationen (ÖGAVN).

Den Abschluss des GAP bilden ein Diplom sowie die Publikation des „GAP-Journals“ mit Beiträgen der Teilnehmerinnen und Teilnehmer, die wissenschaftlich von Dr. Paul Luif betreut werden. Als Highlight wurde eine Reise nach Brüssel mit dem Besuch der EU-Institutionen im Februar 2012 angeboten.

## Themenvielfalt und angeregte Diskussionen

Im Laufe des Jahres wurden eine Fülle von Themen behandelt, allen voran die Finanz- und Staatsschuldenkrise und die damit einhergehenden Implikationen für die Zukunft. Diese „Querschnittsmaterie“ wurde mit ihren diversen Facetten bei mehreren GAP-Einheiten thematisiert. Die persönlichen Einblicke in die Karrieren der Vortragenden boten eine interessante Ergänzung zum inhaltlichen Teil. Manchmal wurde sogar nicht nur sprichwörtlich philosophiert, etwa als Mag. Richard Kühnel über die Charakteristiken eines „modernen“ bzw. „postmodernen“ Europäers sinnierte, oder Stefan Ruzowitzky, der mit seiner Analyse der „Traumfabrik Hollywood“ im Vergleich zur europäischen Filmlandschaft einen aufschlussreichen Kulturvergleich diesseits und jenseits des Atlantiks anstellte. Als „Herzstück“ der Einheiten kann man die Diskussionsrunden bezeichnen, die entweder als thematische Schwerpunktsetzung mit Bezug zum Input des Vortragenden oder als offene Fragerunde gestaltet wurden.

Im besten Fall würde der „Knowledge-Transfer“ dazu führen, den „gap“ zwischen utopischen Weltverbesserungsidealen und dem opportunistischen „Mittel zum Zweck“-Denken zu schließen. Persönlich betrachtet bietet das Global Advancement Programme eine einzigartige Chance zur Horizonterweiterung. <<



Die Teilnehmer/innen des GAP-Lehrgangs 2011/12, hier bei der feierlichen Diplomverleihung, blicken auf ein lehrreiches Jahr zurück.

Foto: AFA

# Weitblick mit Zukunft



<http://afa.at>